

JOHN STUART MILL INSTITUT  
für Freiheitsforschung e.V.

an der SRH Hochschule Heidelberg

# Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit?

IfD Institut für Demoskopie Allensbach

INSTITUT FÜR  
PUBLIZISTIK

JG|U

„Freiheitsindex Deutschland 2013“

JOHN STUART MILL INSTITUT



### **Vorstellung „Freiheitsindex Deutschland 2013“**

Prof. Dr. Ulrike Ackermann, JSMI 3

### **„Freiheitsindex Deutschland 2013“**

Dr. Thomas Petersen, IfD 7

### **Ergebnisse der Umfrage**

Dr. Thomas Petersen, IfD 18

### **Ergebnisse der Inhaltsanalyse**

Dr. Thomas Roessing, IfP 31

## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde der Freiheit,

Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit? Ist die Ausgangsfrage unseres Forschungsprojekts am John Stuart Mill Institut (JSMI), das alljährlich seit 2011 das Freiheitsbewusstsein der Deutschen misst. Wie definieren die Bürger für sich die Freiheit? Ist ihnen Selbstbestimmung wichtiger als soziale Gleichheit oder überwiegt das Sicherheitsbedürfnis? Was erwarten sie vom Staat? Soll er sich heraushalten aus ihrem Alltagsleben oder sich stärker kümmern? Soll er neue Verbote einführen oder alte lockern? Und: Wie berichten vergleichend dazu die Medien über Freiheit?



Dazu haben wir nun zum dritten Mal zusammen mit Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) sowie dem Medienforscher Tho-

mas Roessing vom Institut für Publizistik der Universität Mainz (IfP) den „Freiheitsindex Deutschland“ erhoben. In wissenschaftstheoretischen und methodischen Aspekten war neben Hans Jörg Schmidt (JSMI) auch der Bamberger Soziologe und Empiriker Gerhard Schulze beratend beteiligt. Unterstützt werden die Forschungsarbeiten von der SRH Förderstiftung, Heidelberg. Besonderer Dank gilt von daher dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Klaus Hekking.

Der Index bildet den Zustand der politischen und individuellen Freiheit in einer Zahl ab. Relevant für die Messung der Freiheit ist dabei der Faktor Zeit, nämlich wie sich der von uns ermittelte Indikator im Verlauf der Jahre auf der Skala nach oben oder nach unten verschiebt. Für dieses Jahr können wir im Vergleich zum Vorjahr eine leicht rückläufige Entwicklung verzeichnen: Lag der Index 2011 bei noch -3, auf einer Skala zwischen -50 und +50, so stieg er im Jahr 2012 auf -0,7. Dieses Jahr wiederum ist er auf -2,7 zurückgefallen.

Prof. Dr. Ulrike Ackermann ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und hat Soziologie, Politik, Neuere Deutsche Philologie und Psychologie in Frankfurt studiert. 2002 gründete und leitete sie das Europäische Forum an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Seit 2004 arbeitete sie als freie Autorin (Die WELT, FAZ, Sueddeutsche Zeitung u.a.), Soziologie-Kolumnistin der Zeitschrift MERKUR sowie Verfasserin und Moderatorin zahlreicher Rundfunksendungen (DLF, SWR, WDR, NDR, u.a.).

2008 wurde sie zur Professorin auf den bundesweit einzigen Lehrstuhl „Politische Wissenschaften mit dem Schwerpunkt Freiheitsforschung und Freiheitslehre“ an der SRH Hochschule in Heidelberg berufen. Seit 2009 leitet sie das John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung in Heidelberg.

## 4 | Vorstellung „Freiheitsindex“

Unser Index setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen: **Die 1. Komponente** haben wir ermittelt mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage auf der Grundlage von rund 1.550 Einzelinterviews des Allensbacher Instituts. Der Fragenkatalog mit 17 Fragenkomplexen erfasst die subjektive Bedeutung des Werts der Freiheit auf Seiten der Bürger in den Bereichen:

- Gesellschaftliche Wertschätzung des Werts der Freiheit im Wettbewerb mit anderen Werten, wie z.B. Gleichheit, Sicherheit, Gerechtigkeit
- Subjektives Freiheitsempfinden der Bürger
- Staatsorientierung, Einstellung zu Verboten und staatlichen Interventionen, soziale Kontrolle

**Die 2. Komponente** des Freiheitsindex liefert die quantitative Inhaltsanalyse führender Nachrichtenprintmedien des Mainzer Instituts für Publizistik. Mit Hilfe eines Code-Buchs und sogenannter inhaltlicher Frames wird der Stellenwert der Freiheit in der Medienberichterstattung im Vergleich zu anderen Werten ermittelt: zum einen die Beurteilung freiheitlicher Prinzipien in der Berichterstattung und zum anderen die Häufigkeit der Forderung nach Verboten oder Liberalisierungen. Zusätzlich wurden die Printmedien nach den Ressorts „Wirtschaft/Allgemeines“, „Politik“ und „Feuilleton“ ausgewertet.

Der Wert der Freiheit – in dieser Gesamtzahl abgebildet – hat sich also im Vergleich zum Vorjahr zum Negativen entwickelt. Wenn in diesem Jahr das Ergebnis des Freiheitsindex also wieder deutlicher unter 0 liegt, heißt dies, dass die Freiheit gegenüber anderen Werten wie Sicherheit und Gleichheit in Deutschland stärker ins Hintertreffen geraten ist. Die Ausweitung der Staatsaufgaben bleibt nach wie vor ausdrücklich erwünscht; klarer Favorit ist der „betreuende“ und „kümmernde“ Staat, der im Unterschied zum „liberalen“ Staat als gerechter, wohlhabender, menschlicher und lebenswürdiger angesehen wird.

**Die wichtigsten Ergebnisse der diesjährigen Erhebungsperiode** zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Wert des Freiheitsindex 2013 zwei Punkte unter dem Vorjahreswert liegt. Die Veränderung ist auf die Ergebnisse der Medieninhaltsanalyse zurückzuführen. Die Divergenz zwischen Medien und Bevölkerungsmeinung hat sich nochmals beträchtlich vergrößert. Denn die Bevölkerung sieht den Wert der Freiheit deutlich positiver als die Berichterstattung der ausgewerteten Medien. Verbote und Regulierungen, ein beständiger Fokus der Forschungsarbeit des Mill Instituts, werden, so ein weiteres sehr interessantes Resultat, seitens der Befragten unabhängig von der zuständigen Verbotsinstanz gefordert. Der Bevölkerung scheint es gleich, ob z.B. die Bundesregierung oder die Europäische Kommission Verbote erlässt. So gibt es kaum Unterschiede bei der Verbotsneigung der Bevölkerung in Bezug auf Deutschland oder Europa.

Nachdem im Freiheitsindex des vorletzten Jahres staatlicher Paternalismus und der Ruf nach Verboten schwerpunktmäßig Gegenstände der Untersuchung gewesen waren, hatten wir uns im letzten Jahr mit dem Zusammenhang von staatlicher und sozialer Kontrolle auseinandergesetzt. In diesem Umlauf waren wir, im Vorausblick auf die Europa-Wahlen des Jahres 2014 und angesichts der kontrovers geführten öffentlichen Debatte um die Zukunft Europas an der **Meinung der Bevölkerung zu Europa** interessiert. Selbstverständlich lag unser Hauptaugenmerk auch hierbei auf der Dimension der Freiheit. Beschäftigt haben uns weitreichende Fragen wie etwa: Was muss die Europäische Union regeln, um ihre Mitgliedsländer erfolgreich und widerstandsfähig gegenüber globalen, äußeren Herausforderungen zu machen? Was darf sie gerade nicht regeln, um innere und äußere Kräfte zu stärken? Ebenfalls haben wir danach gefragt, ob die Entwicklung der EU zu einem Bundesstaat von der Bevölkerung gewünscht wird oder, um ein weiteres Beispiel zu geben, welche Begriffe die Befragten mit Europa verbinden?

Mit dem diesjährigen Europa-Schwerpunkt haben wir aber auch eine Thematik aufgegriffen, mit der sich schon John Stuart Mill, der Namensgeber unseres Instituts, 1859 in seiner berühmten Freiheitsschrift auseinandersetzte. Dort schrieb er, Europa verdanke „der Vielfalt der Wege seine fortschrittliche und vielseitige Entwicklung“. In Anlehnung daran können wir uns heute fragen: Wie und in welcher Art und Weise kann Europa seine Vielfalt als Grundlage einer fortschrittlichen und vielseitigen Entwicklung bewahren? Die im Freiheitsindex 2013 erhobenen Daten geben uns Hinweise dafür, dass es eine **„stabile Ambivalenz“ der Bevölkerung in Bezug auf Europa** gibt. Obgleich Europa grundlegend positiv bewertet wird, besteht unabhängig von aktuellen Krisendebatten ein permanentes Misstrauen gegenüber der Europäischen Union und ihren Institutionen. Auch wird Europa eher nicht als Freiheits- und stets weniger als Zukunftsprojekt gesehen.

Insofern sind wir mitten in der aktuellen Diskussion um die Zukunftsfähigkeit Europas: Wieviel Europa brauchen wir? Es zeigt sich angesichts eines strukturellen Demokratiedefizits und der schleichenden demokratischen Delegitimierung, der Erosion rechtsstaatlicher Prinzipien, zunehmender Zentralisierungsdynamiken, Uniformisierung und Bürokratisierung, Regulierungswahn und Paternalismus, dass die Beantwortung solcher zentraler Fragen von einer Gesellschaft immer wieder neu vorzunehmen ist. In diesem Verständigungsprozess zwischen Individuum, Staat und Gesellschaft kann der Freiheitsindex einen wichtigen Beitrag leisten, indem er die Diskussion zur Freiheit aber auch wie in diesem Jahr zu Europa anstößt und mit empirischem Material untermauert.

Nachdenklich stimmen sollte uns, worauf die Daten des diesjährigen Indexes hindeuten: Nämlich dass sich die Beurteilung der Freiheit in den untersuchten Printmedien wohl dauerhaft substantiell von der wesentlich positiveren Bevölkerungsmeinung unterscheidet.

## 6 | Vorstellung „Freiheitsindex“

**G**espannt dürfen wir im Vorausblick sein, ob sich der Gesamtindex nach dem leichten Rückgang in diesem Jahr in den nächsten Jahren womöglich doch einmal über Null in Richtung satter Plus-Zahlen entwickeln wird, der Wunsch nach mehr Selbstverantwortung, Mündigkeit und größeren Handlungsspielräume mächtiger wird als jener nach mehr Betreuung, Schutz und Kontrolle von Seiten des Staates.

**I**n der Zwischenzeit arbeiten wir seitens des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung wieder kräftig daran, Kooperationen mit europäischen Nachbarn aufzubauen, um mit unserem Index den Zustand und die Wertschätzung der Freiheit im Ländervergleich zu untersuchen. Wie es Holländer, Österreicher, Schweizer, Italiener oder Schweden mit der Freiheit halten, ist ja für unseren europäischen Einigungsprozess und die Bewältigung der tiefen Krise nicht ganz unwesentlich. Erste Anfänge hierbei sind inzwischen gemacht. So werden wir in diesem Jahr gemeinsam mit niederländischen Kollegen vergleichende Forschungsarbeiten aufnehmen.

**Z**um Schluss und zur Überleitung auf die nun folgende ausführliche Ergebnispräsentation bedanke ich mich für Ihr Interesse an der Arbeit des John Stuart Mill Institutes für Freiheitsforschung und wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre ausgewählter Resultate des „Freiheitsindex Deutschland 2013“.

**Herzliche Grüße**

**Ihre**



**JOHN STUART MILL INSTITUT** 

## „Freiheitsindex Deutschland 2013“

Zur Bildung des Freiheitsindex werden einige der wichtigsten Informationen aus Umfrage (siehe unten ab S. 18) und Inhaltsanalyse (siehe unten ab S. 31) zu einer Maßzahl zusammengeführt, die in einer einfachen und übersichtlichen Form Auskunft über die Entwicklung des Werts der Freiheit in der deutschen Gesellschaft Auskunft geben soll.

In einen solchen Index können nicht alle Fragen aus der Umfrage, nicht alle Kategorien der Inhaltsanalyse eingehen. Er kann folglich auch nicht alle Einzelaspekte des Themas abdecken. Er sollte aber die wichtigsten Dimensionen des Themas umfassen, um als verlässlicher Maßstab dienen zu können. Die Auswahl der Fragen und Kategorien ist letztlich Ermessenssache. Umso wichtiger ist es, dass die Zusammensetzung des Index transparent gemacht wird und für Außenstehende nachvollziehbar bleibt. Ein guter Index ist robust, das heißt, dass der Austausch einer einzelnen Frage oder einer einzelnen Kategorie den Gesamtwert nur wenig und damit die Kernaussage des Index nicht verändern würde.

Festgelegt werden muss außerdem die Bandbreite, innerhalb welcher der Indexwert schwanken kann. Der Freiheitsindex kann zwischen -50 und +50 schwanken, wobei ein Wert über Null ein Übergewicht der Freiheit im Vergleich zu konkurrierenden Werten und gesellschaftlichen Zielen symbolisiert, ein Wert unter Null steht für eine vergleichsweise schwächere Position des Werts der Freiheit. Auf diese Weise ermöglicht es der Freiheitsindex, auf den ersten Blick zu erkennen, ob die Freiheit gesellschaftlich unter Druck steht oder umgekehrt dominiert.

Der Index setzt sich derzeit aus drei Teilindices zusammen, die sich im Einzelnen wie folgt errechnen:

**Der erste Teilindex** repräsentiert den gesellschaftlichen Stellenwert der Freiheit, wie er sich in den Umfrageergebnissen niederschlägt. Hierfür wurden die für diesen Aspekt drei wichtigsten Umfrageergebnisse herangezogen. Das erste ist der Anteil derjenigen, die die Meinung vertreten, jeder sei „seines Glückes Schmied“. Dieser Anteil liegt bei 49 Prozent, während 33 Prozent die Gegenposition „Die einen sind oben, die anderen unten“ vertreten. 18 Prozent äußern sich unentschieden. Für den Index werden nun die 18 Prozent Unentschiedenen aus dem Ergebnis herausgerechnet, so dass allein der Konflikt zwischen den beiden gegensätzlichen Positionen üb-

rig bleibt: 60 Prozent derer, die eine eindeutige Meinung äußern, sagen, jeder sei seines Glückes Schmied, 40 Prozent sagen „Die einen sind oben, die anderen unten.“

**G**äbe es ein Gleichgewicht zwischen den beiden gegensätzlichen Meinungen, müsste der Anteil derjenigen, die sagen, jeder sei seines Glückes Schmied, bei 50 Prozent liegen. Deswegen wird dieser Wert als Nullpunkt, als Bezugspunkt definiert. Das tatsächliche Ergebnis von 60 Prozent liegt 10 Prozentpunkte darüber. Darum geht diese Frage mit dem Wert von +10 in den Teilindex ein.

**A**nalog hierzu wird auch bei der Frage vorgegangen, ob im Konfliktfall die Freiheit oder die Gleichheit wichtiger sei (Ergebnis +7). Das dritte Element des ersten Teilindex bildet die Frage, in welchen Lebensbereichen Verbote eingeführt werden sollten. Hier wird der durchschnittliche Anteil derjenigen, die bei 16 zur Auswahl gestellten Bereichen kein Verbot fordern, mit dem Basiswert von 50 in Bezug gesetzt, was zu einem Teilwert von +11 führt. Aus diesen drei Teilwerten wird nun der Durchschnitt gebildet, er liegt bei +9 und damit um zwei Punkte höher als beim „Freiheitsindex 2012“.

**A**uch **der zweite Teilindex** beruht auf den Umfragergebnissen. Er repräsentiert das Maß der von der Bevölkerung subjektiv empfundenen Freiheit. In ihn geht der Anteil derjenigen ein, die sagen, man könne seine politische Meinung in Deutschland frei äußern (75 Prozent unter Ausschluss der Unentschiedenen, gemessen am Basiswert 50: +25), außerdem der Anteil derer, die sich in ihrem persönlichen Leben sehr frei fühlen und dies dadurch dokumentieren, dass sie bei der entsprechenden Frage auf einer Skala von 0 bis 10 die Stufen 8, 9 oder 10 wählen. Dies trifft auf 41 Prozent der Deutschen zu, was einem Wert von -9 entspricht. Der zweite Teilindex entspricht dem Durchschnitt aus den beiden Teilwerten, also +8, ebenfalls zwei Punkte über dem Ergebnis des Vorjahres.

**D**er **dritte Teilindex** schließlich wird auf der Grundlage der Inhaltsanalyse errechnet. Er repräsentiert die Bedeutung der Freiheit in der Medienberichterstattung. Als Basis für die Berechnung werden die Ergebnisse der sogenannten „Frame-Analyse“ verwendet, bei der das grundlegende Argumentationsmuster verschlüsselt wird, das in den Artikeln dominiert. Die Konstruktion erfolgt inhaltlich und methodisch analog zum ersten Teilindex: Der Anteil der Beiträge, bei denen der Freiheitsframe gegenüber dem Zwangsframe dominiert, liegt unter Ausschluss der Kategorie „ambivalent“, also der nicht eindeutig zuzuordnenden Beiträge, bei 32 Prozent, was



nach Umrechnung auf die Basiszahl 50 einem Wert von -18 entspricht. Entsprechend wird bei dem Kategorienpaar Freiheitsframe/Gleichheitsframe (-30) und Freiheitsframe/Verbotsframe (-27) vorgegangen. Der Durchschnitt aus diesen drei Zahlen bildet den dritten Teilindex. Er liegt bei -25. Das ist ein sehr deutlicher Rückgang gegenüber dem Jahr 2012, als der Indexwert für den Stellenwert der Freiheit in den Medien „nur“ bei -15 lag.

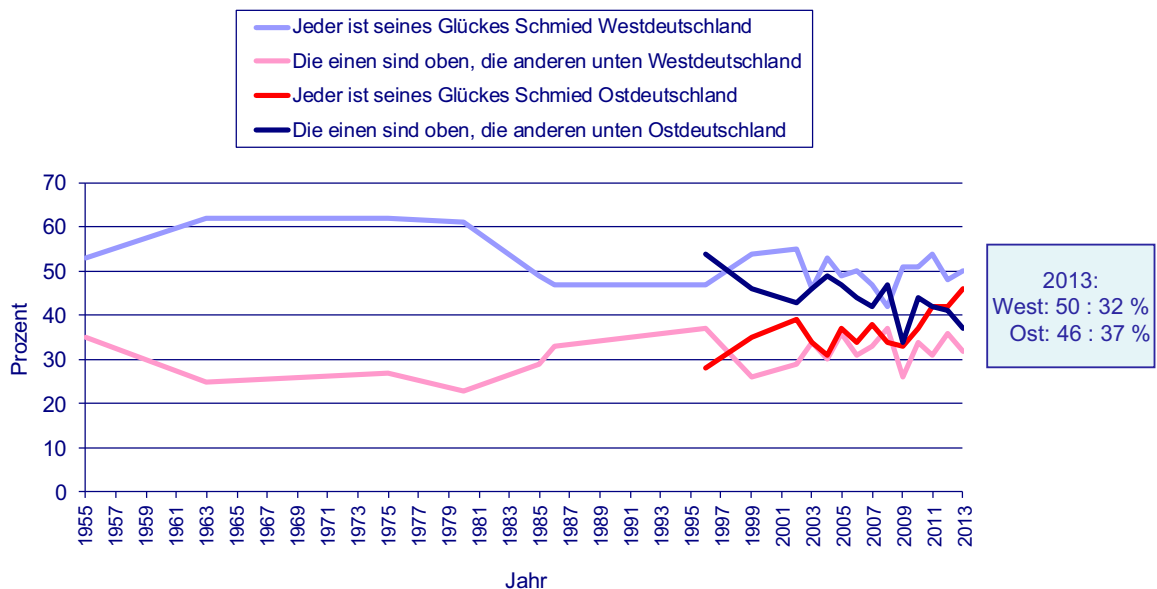
Der endgültige „**Freiheitsindex 2013**“ wiederum ist der Durchschnitt aus den drei Teilindices +9, +8 und -25. Er **liegt bei -2,7** und damit wieder deutlicher unter dem „neutralen“ Nullpunkt als im vergangenen Jahr, in dem der Wert noch -0,7 war. Der bereits in den letzten Jahren festgestellte Kontrast zwischen der Bevölkerung, die der Freiheit alles in allem ein etwas höheres Gewicht beimisst als den konkurrierenden Werten und Zielen, und der Berichterstattung, in der der Wert der Freiheit deutlich in den Hintergrund gedrängt erscheint, hat sich damit noch einmal ganz erheblich verschärft. Medienberichterstattung und Bevölkerungsmeinung driften in diesem Punkt auseinander.

Thomas Petersen

IfD Institut für Demoskopie Allensbach

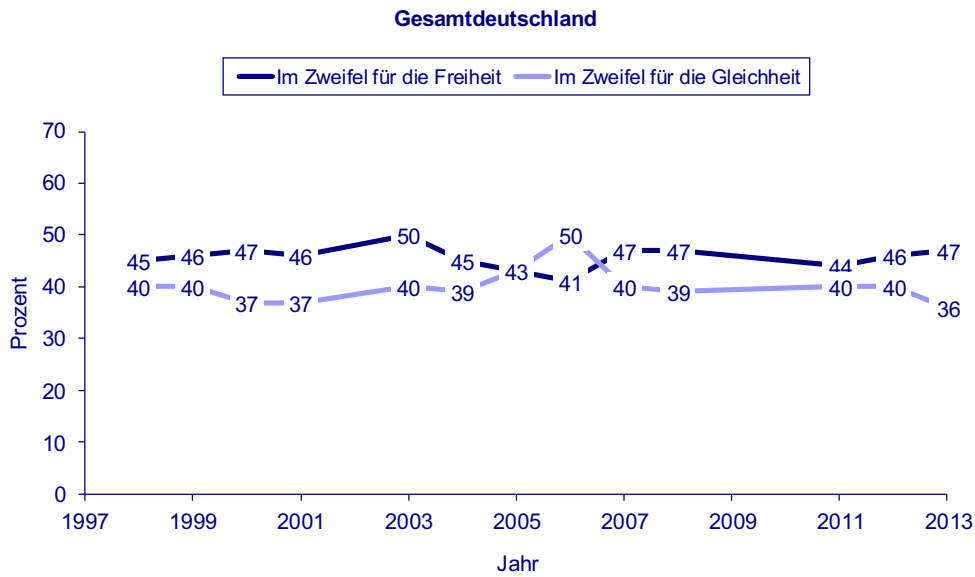
## „Jeder ist seines Glückes Schmied“ - Ost- und Westdeutschland

Frage: „Zwei Männer/Frauen unterhalten sich über das Leben (...)  
Was würden Sie persönlich sagen: Wer von beiden hat eher recht - der/die erste oder der/die zweite?“



## Freiheit oder Gleichheit

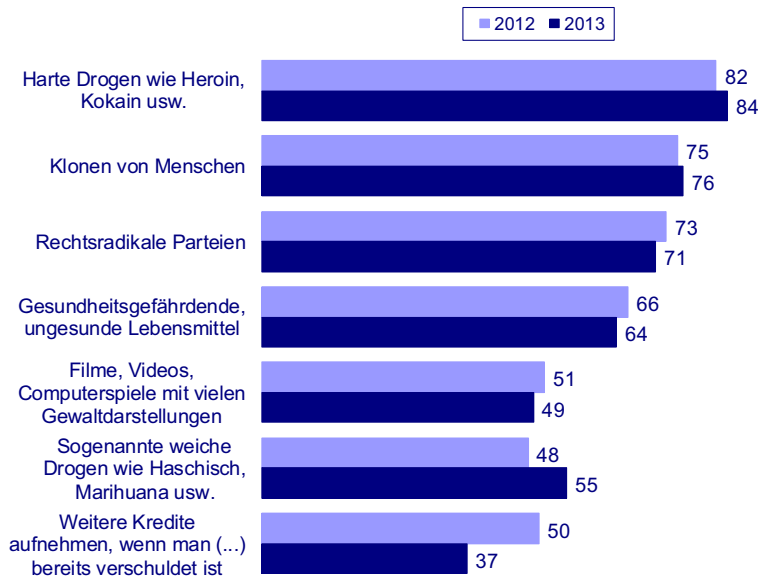
Frage: „Hier unterhalten sich zwei, was letzten Endes wohl wichtiger ist, Freiheit oder möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit - wenn Sie das bitte einmal lesen. Welcher von beiden sagt am ehesten das, was auch Sie denken?“ (Bildblattvorlage)



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11012, August 2013

## Der Ruf nach Verboten I

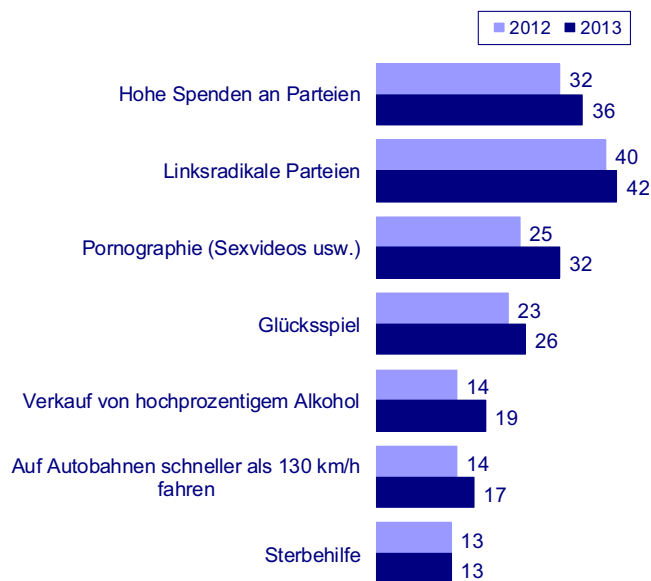
Frage: „Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?“ (Listenvorlage)



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10097, September 2012, 11012, August 2013

## Der Ruf nach Verboten II

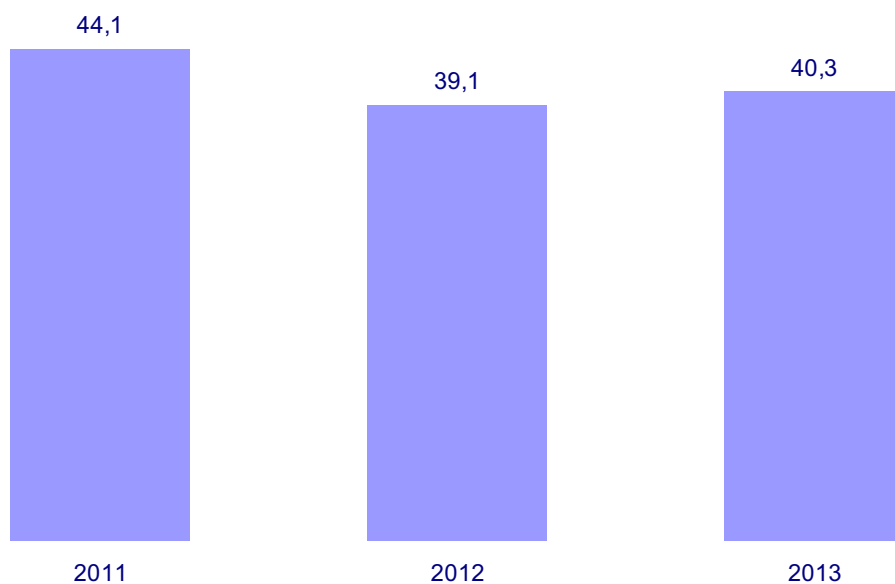
Frage: „Einmal unabhängig davon, ob das tatsächlich verboten ist oder nicht: Was meinen Sie, was sollte der Staat in jedem Fall verbieten, wo muss der Staat die Menschen vor sich selber schützen? Was von dieser Liste würden Sie nennen?“ (Listenvorlage)



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10097, September 2012, 11012, August 2013

## Der Ruf nach Verboten III

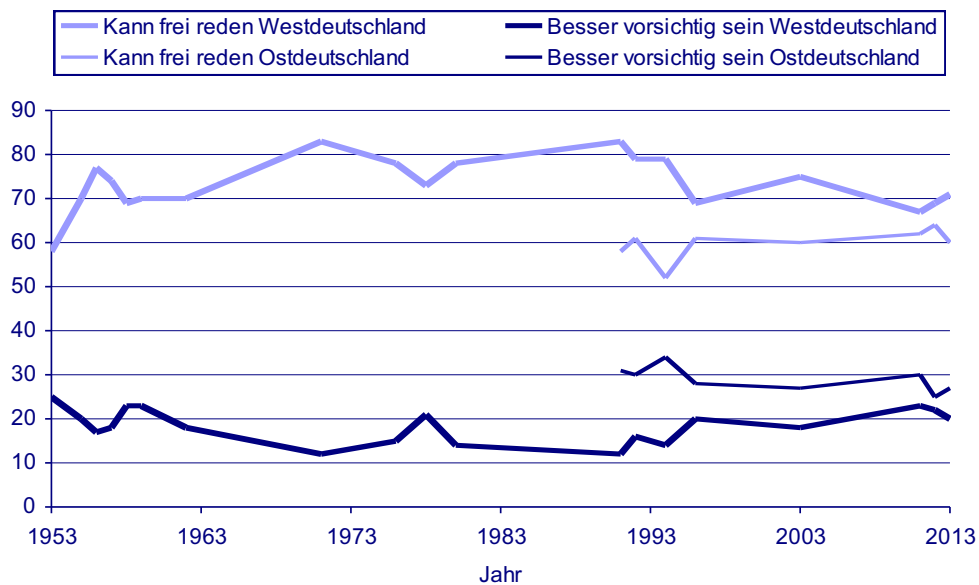
Durchschnittlicher Anteil derjenigen, die bei 16 Listenpunkten ein Verbot fordern, in Prozent



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 10077, August 2011; 10097, September 2012; 11012, August 2013

## Freie Meinungsäußerung

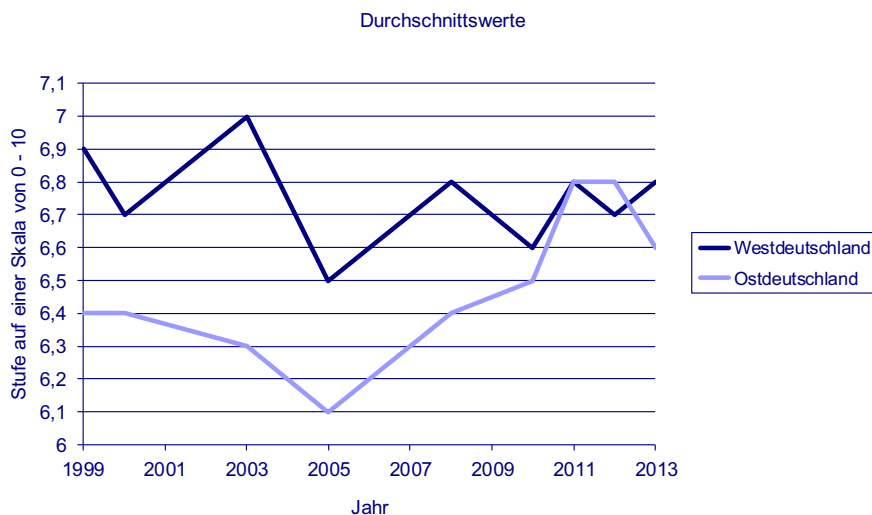
Frage: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11012, August 2013

## Subjektives Freiheitsgefühl in West- und Ostdeutschland

Frage: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Sagen Sie es mir am besten nach dieser Leiter hier. Zehn würde bedeuten, Sie haben das Gefühl, in Ihrem gegenwärtigen Leben ein ganz freier Mensch zu sein, null würde bedeuten, Sie haben das Gefühl, vollkommen unfrei zu sein. Welche Stufe zwischen null und zehn wählen Sie?“ (Vorlage eines Skalenbildblattes)



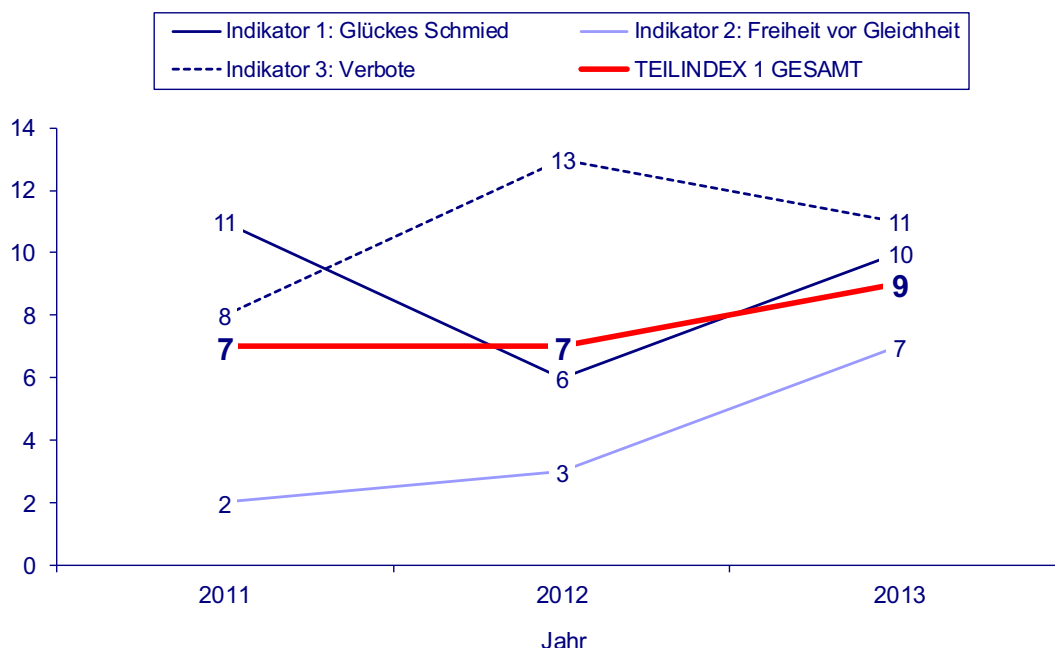
Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11012, August 2013

## Teilindex I: Gesellschaftlicher Stellenwert der Freiheit

Ergebnisse der drei wichtigsten Indikatoren der Umfrage:

- Anteil derer, die sagen: „Jeder ist seines Glückes Schmied“  
(unter Ausschluss der „Unentschieden“-Antworten): **60 %**  
 Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **+ 10**
- Anteil derer, die Freiheit den Vorrang vor Gleichheit geben  
(unter Ausschluss der „Unentschieden“-Antworten): **57 %**  
 Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **+ 7**
- Durchschnittlicher Anteil derer, die bei 16 verschiedenen Lebensbereichen  
kein Verbot fordern (unter Ausschluss der „Unentschieden“-Antworten): **61 %**  
 Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **+ 11**

Teilindex I: Gesellschaftlicher Stellenwert der Freiheit  
(Durchschnitt aus den drei Indikatoren): **+ 9**

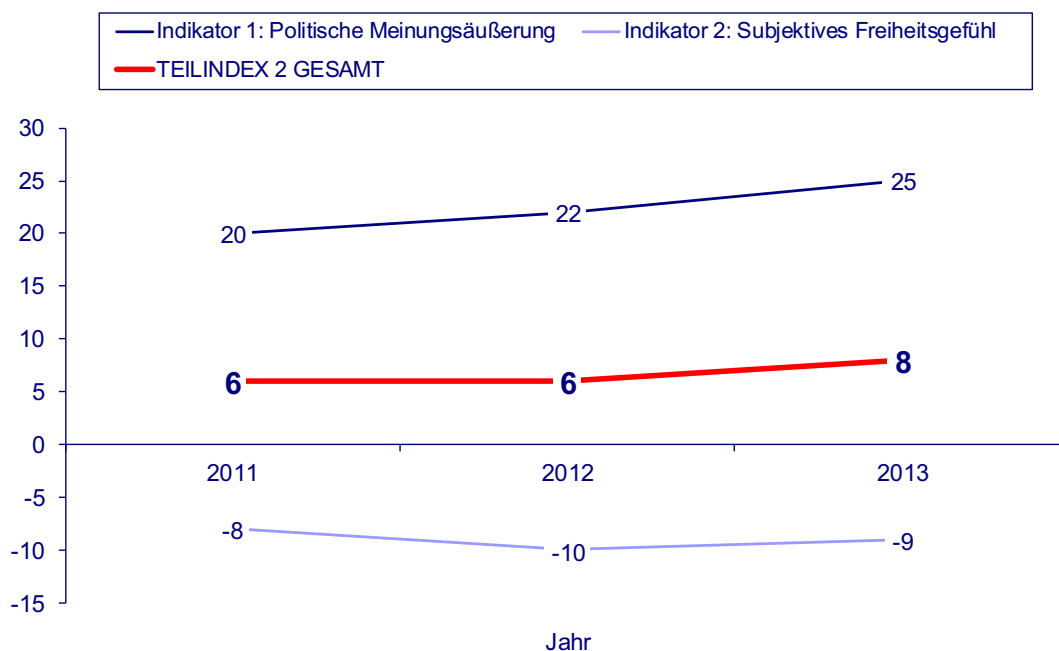


## Teilindex II: Subjektiv empfundene Freiheit

Ergebnisse der 2 wichtigsten Indikatoren der Umfrage:

- Anteil derer, die sagen, man könne seine politische Meinung frei äußern (unter Ausschluss der „Unentschieden“-Antworten): **75 %**  
 Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **+ 25**
- Anteil derer, die sich in ihrem persönlichen Leben „sehr frei“ fühlen (Stufen 8 bis 10 auf der elfstufigen Skala von 0 bis 10, unter Ausschluss der „Unentschieden“-Antworten): **41 %**  
 Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **- 9**

Teilindex II: Subjektiv empfundene Freiheit  
 (Durchschnitt aus beiden Indikatoren): **+ 8**



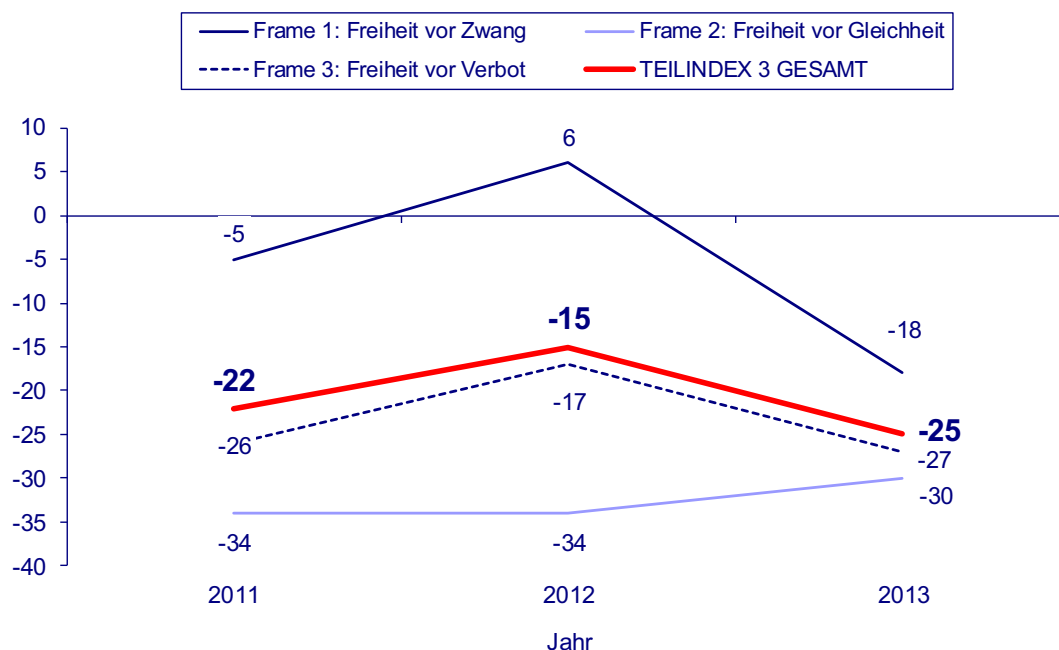
## Teilindex III: Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung

Ergebnisse der 3 wichtigsten Indikatoren der Inhaltsanalyse:

- Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Zwangsframe dominiert: **32 %**  
 Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **- 18**
- Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Gleichheitsframe dominiert: **20 %**  
 Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **- 30**
- Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Verbotsframe dominiert: **23 %**  
 Nach Umrechnung auf den Basiswert 50: **- 27**

Teilindex III: Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung  
 Durchschnitt aus den drei Indikatoren:

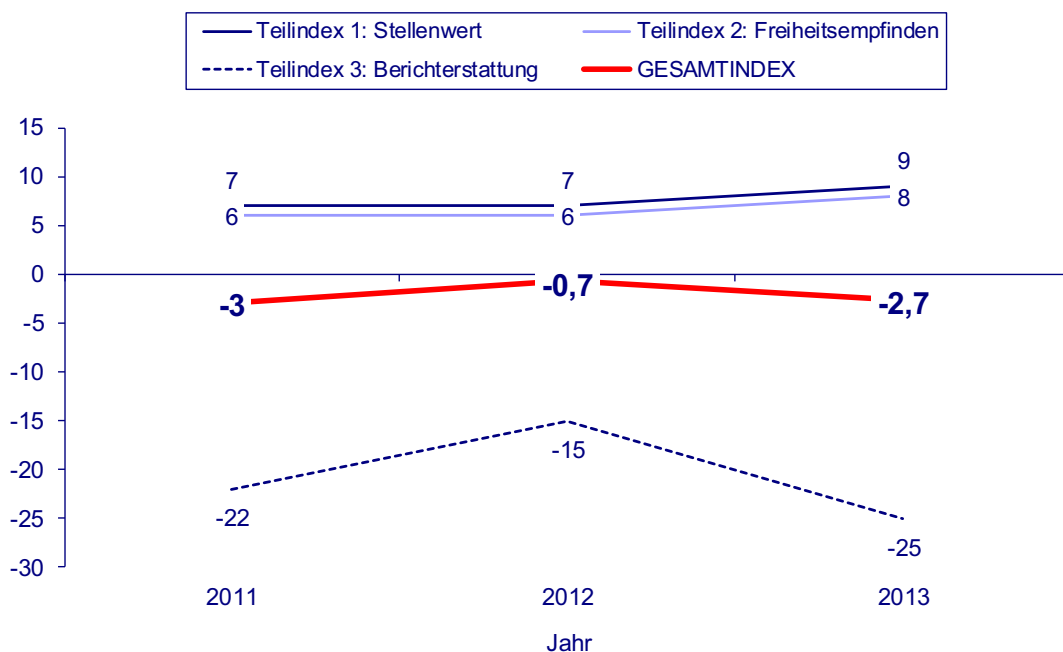
**- 25**



## Gesamtindexbildung: Ergebnisse der Teilindices

Index-Teilwert 1: (gesellschaftlicher Stellenwert)	<b>+ 9</b>
Index-Teilwert 2: (subjektives Freiheitsempfinden)	<b>+ 8</b>
Index-Teilwert 3: (Berichterstattung)	<b>- 25</b>
<b>Durchschnitt aus den drei Teilindices:</b>	<b>- 2,7</b>

## Entwicklung der Teilindices und des Gesamtindex





# „Freiheitsindex Deutschland 2013“

=

**-2,7**

(auf einer Skala von -50 bis +50)

## Die repräsentative Bevölkerungsumfrage

Neben dem Schwerpunktthema Europa enthielt der Fragebogen zum „Freiheitsindex Deutschland 2013“ eine Reihe von allgemeiner gehaltenen Fragen zur Freiheitsorientierung der Bevölkerung (siehe die graphisch aufbereiteten Ergebnisse oben auf S. 9 bis S. 12), die in ihrer Formulierung unverändert aus den Befragungswellen der Jahre 2011 und 2012 übernommen wurden, um einen Zeitvergleich zu ermöglichen. In der aktuellen Befragung zeigt sich dabei, dass die Freiheitsorientierung der Deutschen gegenüber den letzten beiden Jahren etwas zugenommen hat. So hat sich die Zahl derjenigen, die die Ansicht vertreten, jeder Mensch sei „seines Glückes Schmied“, gegenüber dem vergangenen Jahr von 47 auf 49 Prozent erhöht, während der Anteil derer, die die Gegenposition „Die einen sind oben, die anderen unten“ einnehmen, von 37 auf 33 Prozent zurückgegangen ist. Gleichzeitig ist die Zahl der Deutschen, die sagen, ihnen sei im Konfliktfall die Gleichheit wichtiger als die Freiheit, von 40 auf 36 Prozent gesunken. Das ist der niedrigste Wert seit 1998. Dass sich der „Freiheitsindex Deutschland“ insgesamt dennoch mit einem Gesamtwert von -2,7 gegenüber dem Jahr 2012 um zwei Punkte verschlechtert hat, liegt allein an der Berichterstattung in den Massenmedien, die dem Wert der Freiheit im laufenden Jahr einen deutlich geringeren Stellenwert beimisst als im Vorjahr.

Der Schwerpunkt der Repräsentativumfrage zum „Freiheitsindex Deutschland 2013“ lag auf dem Verhältnis zwischen der Freiheitsorientierung der Bürger und ihrer Einstellung zur europäischen Integration allgemein sowie speziell zur Europäischen Union und ihren Institutionen. Der Grund für die Themenwahl waren die aktuellen Diskussionen um die Wirtschafts- und Schuldenkrisen in mehreren europäischen Ländern und ihre langfristigen volkswirtschaftlichen und politischen Folgen. Aus ordnungspolitischer Perspektive wird man die Beschlüsse zur Stützung der stark verschuldeten Volkswirtschaften und das Handeln der Europäischen Zentralbank in der Finanzkrise als einen Verstoß gegen die Prinzipien einer freien Wirtschaft deuten müssen. Gleichzeitig scheint vielen Menschen bewusst zu werden, in welchem Maße die Länder der Europäischen Union bereits jetzt Souveränitätsrechte an die Gemeinschaft übertragen haben. In Kombination mit den seit vielen Jahren in der Öffentlichkeit immer wieder erhobenen Klagen über ein angebliches Demokratiedefizit der europäischen Institutionen und einer, wie es vielen scheint, sich mehr und mehr in die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten einmischenden europäischen Verwaltungsbürokratie wäre es naheliegend anzunehmen, dass der europäische Einigungsprozess, unabhängig davon, welche positiven Auswirkungen er auf anderen Gebieten haben mag, von vielen Menschen als Bedrohung der individuellen Freiheit wahrgenommen wird.

Die Umfrageergebnisse zum „Freiheitsindex 2013“ bestätigen diese Vermutung jedoch nicht, im Gegenteil. Zwar hat das Vertrauen der Bevölkerung in die Europäische Union im Verlauf des letzten Jahrzehnts deutlich abgenommen, und neben positiven Aspekten werden auch auffallend viele negative Assoziationen wie „Bürokratie“, „Vorschriften“, „Einmischung“ oder „Zerstrittenheit“ mit dem Stichwort Europa verknüpft, doch alles in allem hat sich das Europa-Bild der Deutschen in der Staatsschuldenkrise weitaus weniger stark verändert als man angesichts der aktuellen Berichterstattung über dieses Thema vermuten könnte. Bemerkenswert ist allerdings, dass Europa im Lauf der letzten beiden Jahrzehnte stets weniger mit dem Begriff „Zukunft“ verbunden wird.

Weiterhin ist erstaunlich, dass eine Orientierung am Wert der Freiheit nicht mit einer überdurchschnittlichen Skepsis gegenüber dem europäischen Einigungsprozess einhergeht, sondern umgekehrt mit einer auffallend freundlichen Haltung zu Europa und auch den europäischen Institutionen. Die Europäische Einigung wird von den Deutschen als ein Prozess angesehen, der zwar Gefahren für den Wohlstand und die soziale Gerechtigkeit birgt, der gleichzeitig aber auch Fortschritte auf den Gebieten der Sicherheit und der Freiheit mit sich bringt. Letzteres zeigt sich besonders ausgeprägt bei den Befragten, die der Handlungs- und Entscheidungsfreiheit des Einzelnen einen besonders großen Stellenwert beimessen. Auf die Frage „Würden Sie sagen, die europäische Einigung bringt für die Menschen in Deutschland alles in allem mehr Freiheit mit sich oder weniger Freiheit, oder macht das keinen Unterschied, ändert sich durch die europäische Einigung nicht viel?“ antworteten unter denen, die bei einer anderen Frage im Fragebogen angaben, dass für sie das gesellschaftliche Ziel der Gleichheit wichtiger sei als Freiheit, 28 Prozent, ihrer Ansicht nach brächte die Europäische Einigung den Menschen in Deutschland mehr Freiheit. Unter denen, die die Freiheit der Gleichheit vorzogen, waren es dagegen 41 Prozent.

In der Öffentlichkeit sind Klagen über die EU-Bürokratie und Einmischungen in die nationale Gesetzgebung so verbreitet, Verweise auf Glühbirnenverbote und Vorschriften zu Gurkenkrümmungswinkeln so populär, dass man den Eindruck gewinnen kann, es handele sich hierbei um die Zeichen einer echten, tief empfundenen Empörung über Regulierungen. Doch die Umfrageergebnisse zum „Freiheitsindex Deutschland 2013“ bestätigen diese Vermutung nicht. Tatsächlich zeigt sich, dass große Mehrheiten in der Bevölkerung gemeinsame europäische Regelungen auf vielen Gebieten befürworten, wobei die Forderungen der Bürger teilweise über den bisherigen Stand der Integration noch hinausgehen, und dies unverändert seit mindestens einem Jahrzehnt. Gleichzeitig geben die Befragten jedoch auch mehrheitlich an, die Integrationsgeschwindigkeit sei ihnen zu schnell. So zeigt sich auch hierin das, was als eine „stabile Ambivalenz“ in Bezug auf Europa bezeichnet werden könnte. In dieses Bild der „stabilen Ambivalenz“ fügt sich auch, dass dauerhaft

ein Anteil von über zwei Dritteln der Befragten ein Bündnis einzelner selbständiger Staaten einem europäischen Staat mit einer zentralen Regierung und gemeinsamen Gesetzen vorzieht.

Auch die Annahme, wonach Regeln und Verbote der EU weniger akzeptiert werden als entsprechende nationale Verordnungen, weil sie als Einmischung von außen empfunden werden, lässt sich nicht bestätigen. Wie bereits aus den früheren Befragungen zum „Freiheitsindex Deutschland“ erkennbar wurde, sind weite Teile der Bevölkerung mit einer Vielzahl von Verboten und Regulierungen durchaus einverstanden, auch wenn diese weit ins Privatleben des Einzelnen hineinreichen. Dabei ist es den meisten, wie sich nun in den aktuellen Ergebnissen zeigt, anscheinend letztlich egal, ob ein Verbot von der Bundesregierung oder der Europäischen Union ausgeht.

**Thomas Petersen**

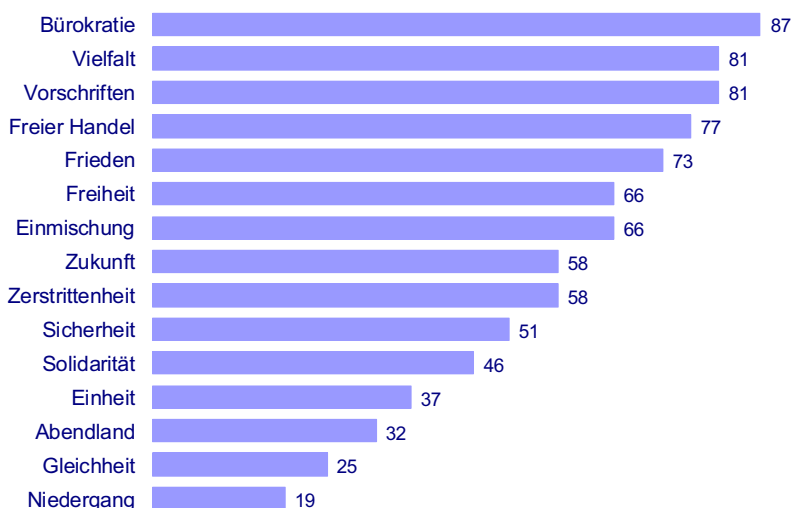
**IfD** Institut für Demoskopie Allensbach

Nachfolgend finden Sie ausgewählte Ergebnisse der Repräsentativbefragung zum Europa-Schwerpunkt in tabellarischer und graphischer Form aufbereitet:

## Assoziationen zu Europa

Frage: „Wenn Sie einmal an das Wort ‚Europa‘ denken - es kann einem ja dazu alles Mögliche einfallen. Darf ich Ihnen mal einiges vorlesen? Sagen Sie mir dann bitte, ob man bei ‚Europa‘ tatsächlich daran denken könnte.“

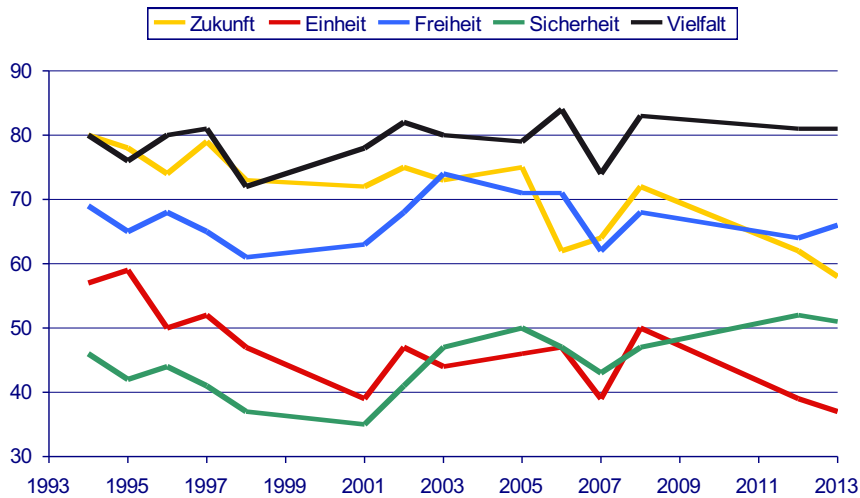
Antwort: „Daran könnte man bei ‚Europa‘ denken.“



## Europa - Assoziationen im Trend

Frage: „Wenn Sie einmal an das Wort ‚Europa‘ denken - es kann einem ja dazu alles Mögliche einfallen. Darf ich Ihnen mal einiges vorlesen? Sagen Sie mir dann bitte, ob man bei ‚Europa‘ tatsächlich daran denken könnte.“

Antwort: „Daran könnte man bei ‚Europa‘ denken.“

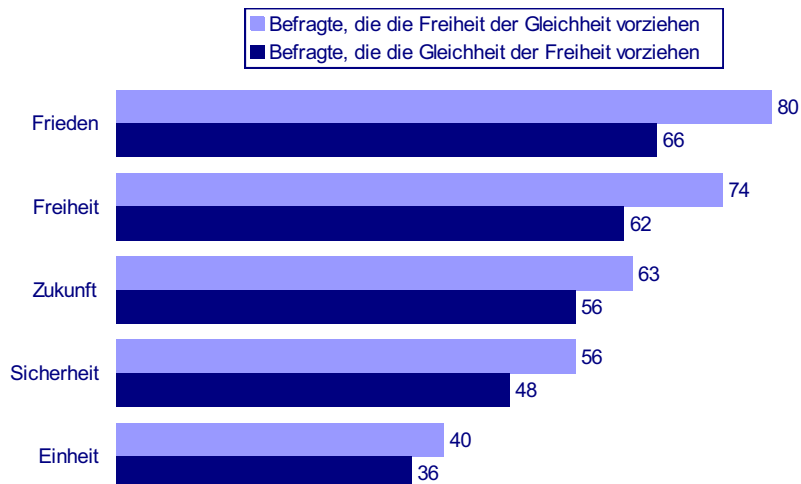


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11012, August 2013

## Freiheitsorientierung und Assoziationen zu Europa

Frage: „Wenn Sie jetzt einmal an das Wort ‚Europa‘ denken - dabei kann einem ja alles Mögliche einfallen. Darf ich Ihnen mal einiges vorlesen? Sagen Sie mir dann bitte, ob man bei ‚Europa‘ tatsächlich daran denken könnte.“

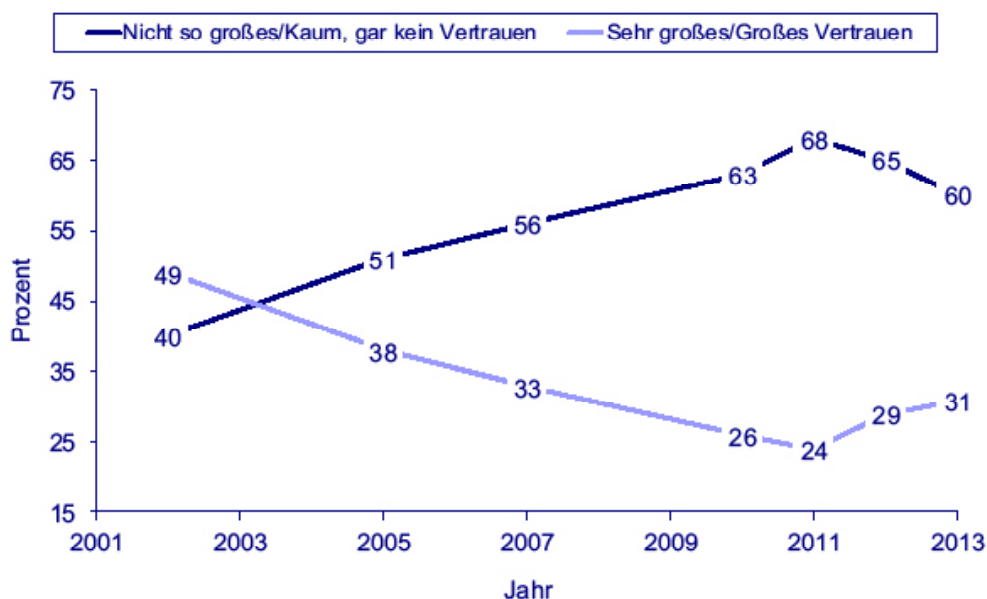
Antwort: „Daran könnte man bei ‚Europa‘ denken.“ (Auszug aus den Angaben)



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Das Vertrauen in die Europäische Union

Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union, würden Sie sagen sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, nicht so großes Vertrauen, kaum, gar kein Vertrauen?“

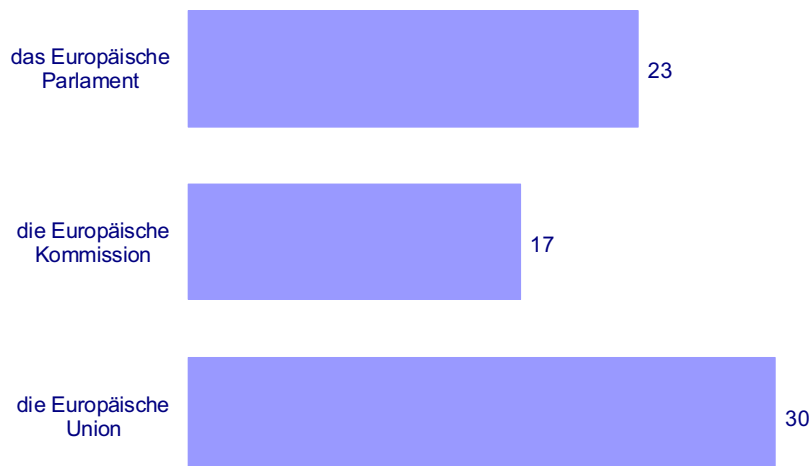


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11012, August 2013

## Vertrauen in die europäischen Institutionen

Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union / Europäischen Kommission / zum Europäischen Parlament?“

Es haben „sehr großes“ oder „großes“ Vertrauen in -

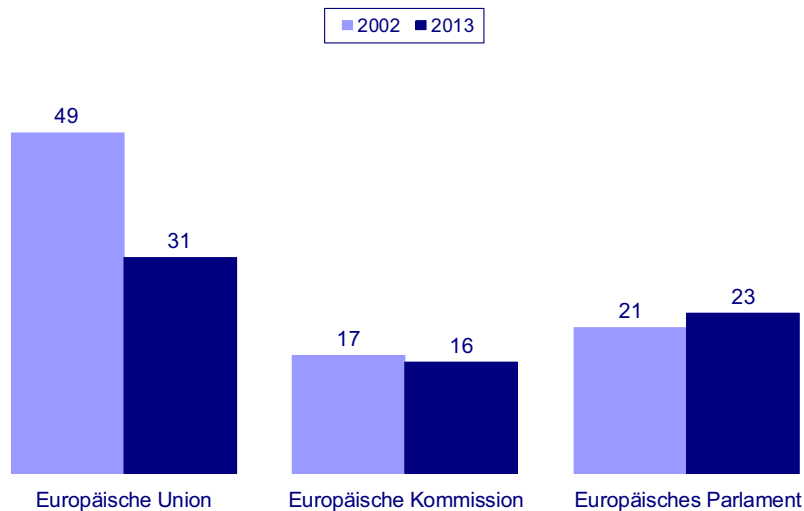


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Vertrauen in die EU, die EU-Kommission und das Europäische Parlament

Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union / Europäischen Kommission / zum Europäischen Parlament? Würden Sie sagen sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, nicht so großes Vertrauen, kaum, gar kein Vertrauen?“

Antwort: „Sehr großes“ oder „großes Vertrauen“

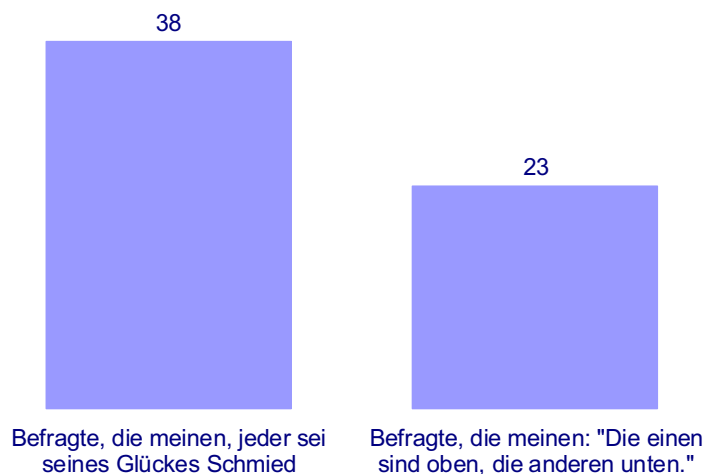


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7019, 11012.

## Freiheitliche Lebenseinstellung und Vertrauen zur EU

Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union?“

Antwort: „Sehr großes“ oder „großes“ Vertrauen

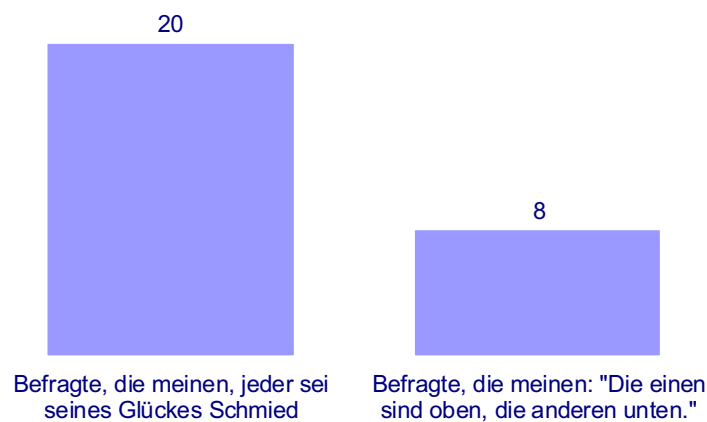


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Freiheitliche Lebenseinstellung und Vertrauen zur EU-Kommission

Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Kommission?“

Antwort: „Sehr großes“ oder „großes“ Vertrauen

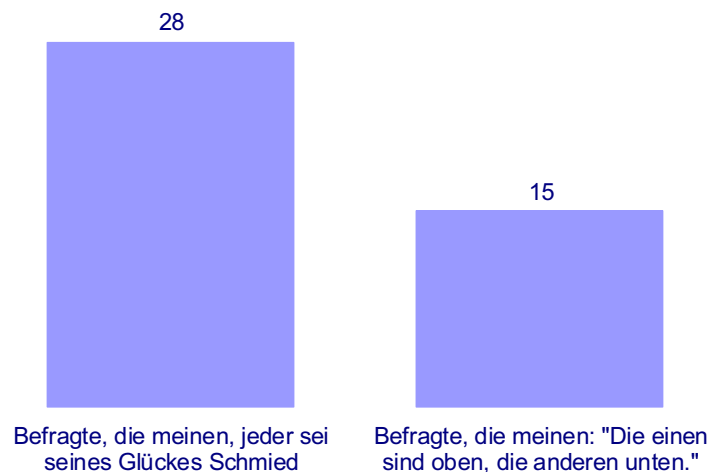


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Freiheitliche Lebenseinstellung und Vertrauen zum EU-Parlament

Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie zum Europäischen Parlament?“

Antwort: „Sehr großes“ oder „großes“ Vertrauen

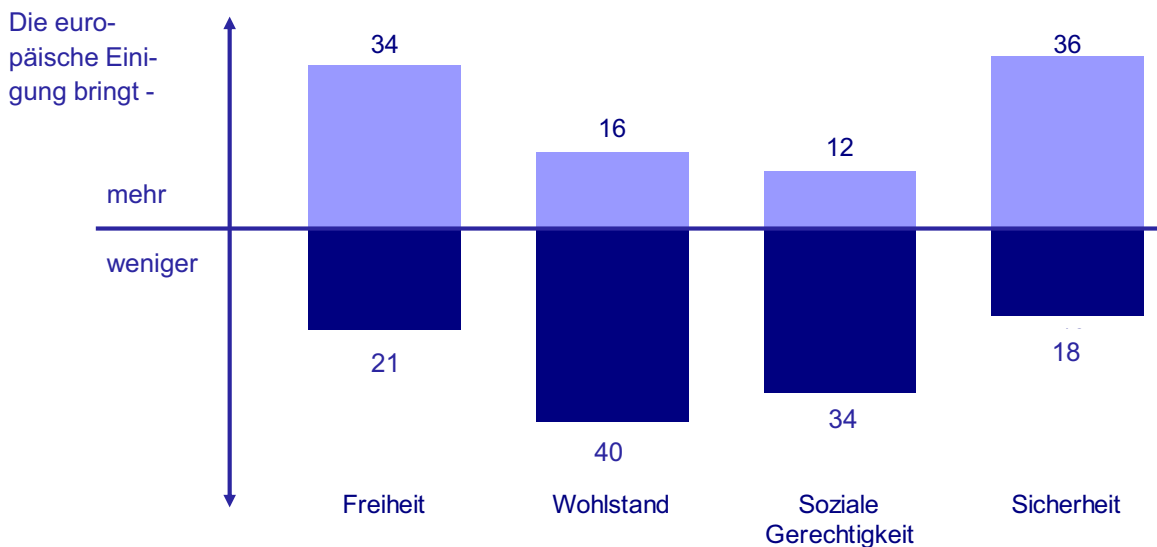


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013



## Angenommene Folgen der Europäischen Einigung

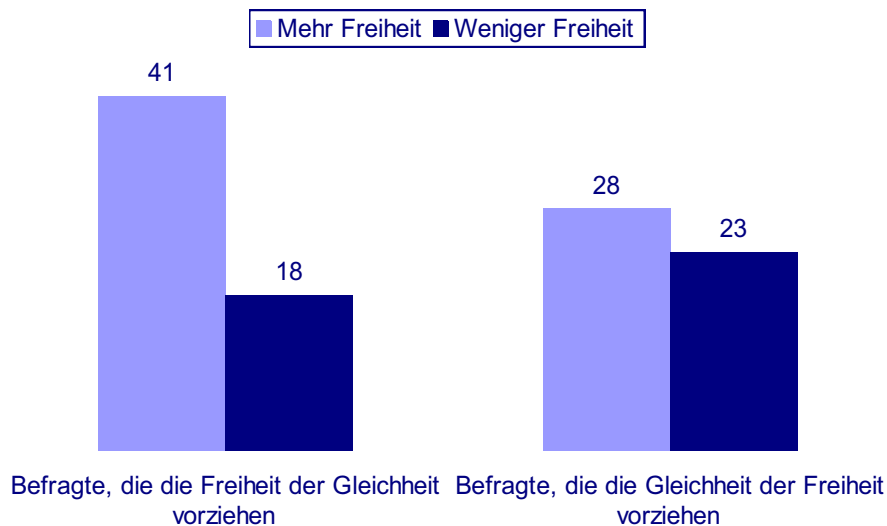
Frage: „Würden Sie sagen, die europäische Einigung bringt für die Menschen in Deutschland alles in allem mehr Freiheit / Wohlstand / soziale Gerechtigkeit / Sicherheit mit sich, oder weniger Freiheit / Wohlstand / soziale Gerechtigkeit / Sicherheit oder macht das keinen Unterschied, ändert sich durch die europäische Einigung nicht viel?“



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012

## Bringt die europäische Einigung mehr Freiheit? I

Frage: „Würden Sie sagen, die europäische Einigung bringt für die Menschen in Deutschland alles in allem mehr Freiheit mit sich oder weniger Freiheit, oder macht das keinen Unterschied, ändert sich durch die europäische Einigung nicht viel?“

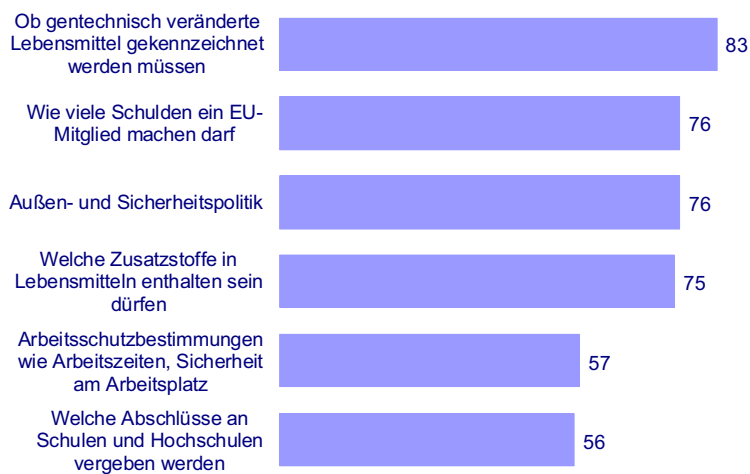


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Der Ruf nach europäischen Regulierungen I

Frage: „Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was man europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob man das europäisch - also für alle Länder gleich - regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten.“

Antwort: „Das sollte europäisch geregelt werden.“

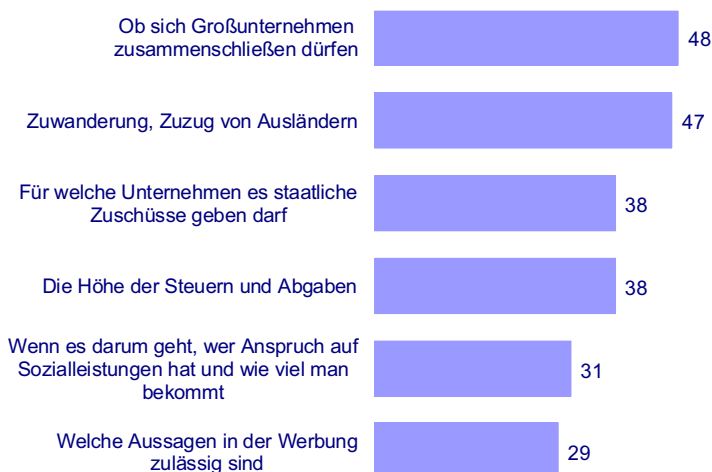


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Der Ruf nach europäischen Regulierungen II

Frage: „Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was man europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob man das europäisch - also für alle Länder gleich - regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten.“

Antwort: „Das sollte europäisch geregelt werden.“

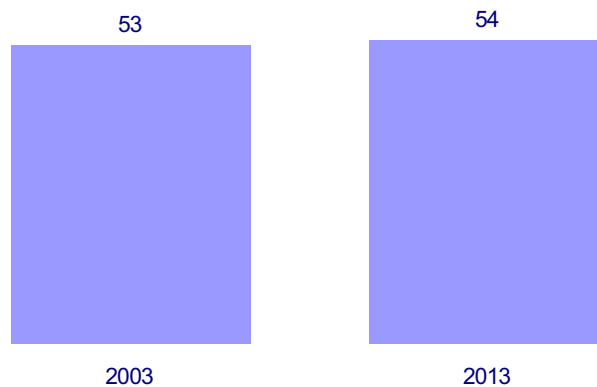


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Der Ruf nach europäischen Regulierungen III

Frage: „Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was man europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob man das europäisch - also für alle Länder gleich - regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten.“

**- Durchschnittlicher Anteil derjenigen, die sich für eine europäische Regelung aussprechen, bei 12 zur Auswahl gestellten Politikbereichen (in Prozent) -**

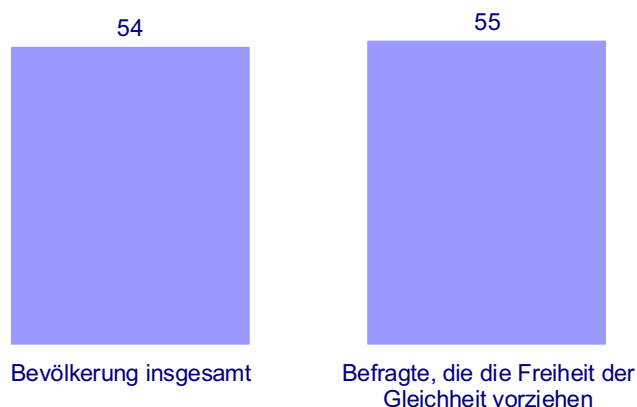


Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7050, 11012

## Der Ruf nach europäischen Regulierungen IV

Frage: „Es gibt ja unterschiedliche Ansichten darüber, was man europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob man das europäisch - also für alle Länder gleich - regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten.“

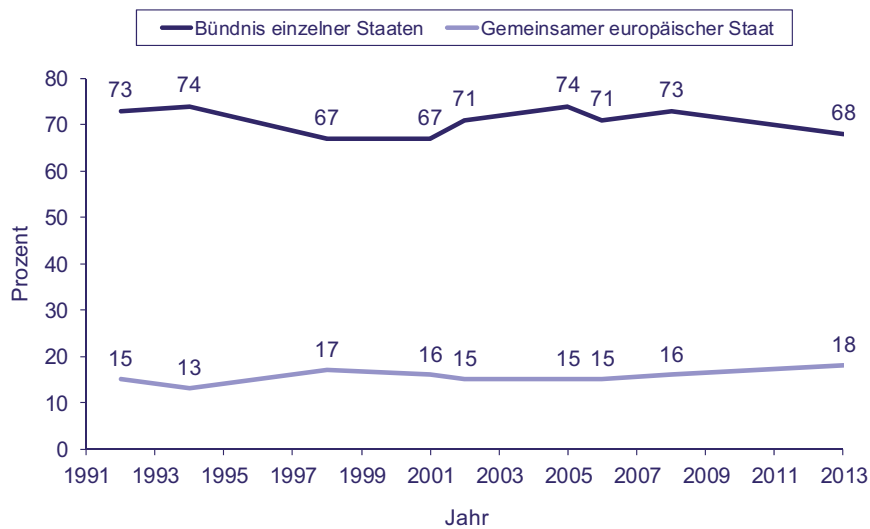
**- Durchschnittlicher Anteil derjenigen, die sich für eine europäische Regelung aussprechen, bei 12 zur Auswahl gestellten Politikbereichen (in Prozent) -**



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Bundesstaat oder Staatenbund?“

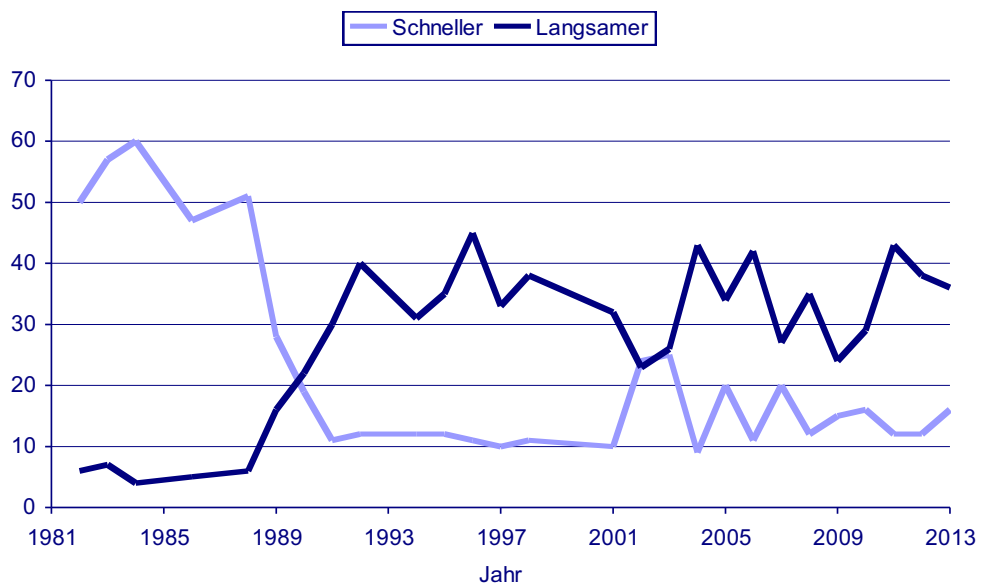
Frage: „Es gibt ja zwei verschiedene Möglichkeiten, wie Europa in Zukunft aussehen soll. Es kann ein gemeinsamer Staat sein mit einer zentralen Regierung und gemeinsamen Gesetzen, oder aber ein Bündnis einzelner selbständiger Staaten. Was meinen Sie, wie sollte es sein? Sollte es einen gemeinsamen europäischen Staat geben oder ein Bündnis einzelner selbständiger Staaten?“



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 5107, 5095, 6056, 7007, 7019, 7070, 7089, 10020, 11012

## Unbehagen am Tempo der Einigung seit der Deutschen Einheit

Frage: „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinigten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“



An 100 fehlende Prozent: „Weiter wie bisher“ oder Unentschieden. Bis 1990 Westdeutschland, ab 1991 Gesamtdeutschland. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 11012, August 2013

## Freiheitsorientierung und die Haltung zum Konzept „Kerneuropa“

Frage: „Es gibt ja immer wieder die Forderung, dass sich einige EU-Mitgliedsländer zu einem sogenannten ‚Kerneuropa‘ zusammenschließen, dass diese Länder also in bestimmten Politikbereichen enger zusammenarbeiten als die übrigen EU-Staaten. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der Obere oder der Untere?“ (Bildblattvorlage)

	Bevölkerung insgesamt	Befragte, die die Freiheit der Gleichheit vorziehen	Befragte, die die Gleichheit der Freiheit vorziehen
	%	%	%
Ich bin für ein Kerneuropa (...)	26	32	23
Das sehe ich anders (...)	48	43	58
Unentschieden	26	25	19
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Zusammengehörigkeitsgefühl

Frage: „Wenn jemand sagt: ‚Trotz aller Schwierigkeiten, die wir zurzeit in Europa haben, gehören wir Europäer letzten Endes zusammen.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“

	Bevölkerung insgesamt	Befragte, die sagen, jeder sei seines Glückes Schmied	Befragte, die sagen: „Die einen sind oben, die anderen unten“
	%	%	%
Sehe das auch so	60	66	54
Sehe das nicht so	21	17	29
Unentschieden / Keine Angabe	19	17	17
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Zusammengehörigkeitsgefühl mit Griechen und Spaniern

Frage: „Wenn jemand sagt: ‚Trotz aller Schwierigkeiten, die es zurzeit in Griechenland / Spanien gibt, gehören die Griechen / Spanier zu Europa, und wir Europäer gehören letzten Endes zusammen.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“

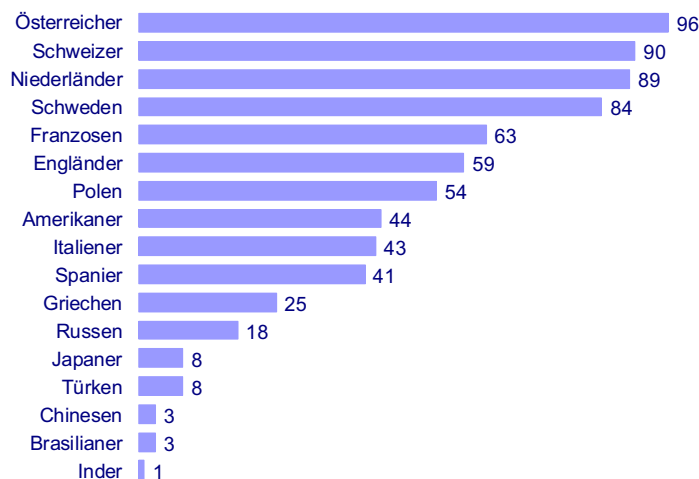
	Befragten- gruppe 1: „Griechen“	Befragten- gruppe 2: „Spanier“
	%	%
Sehe das auch so.....	44	73
Sehe das nicht so.....	33	9
Unentschieden / Keine Angabe.....	23	18
	<u>100</u>	<u>100</u>

Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Zusammengehörigkeitsgefühl mit anderen Völkern

Frage: „Von manchen Ländern sagt man ja, dass die Menschen dort uns Deutschen ähnlich sind, von anderen Ländern sagt man eher, dass die Menschen dort ganz anders sind als wir. Was meinen Sie, welche Nationalitäten sind uns sehr ähnlich, welche sind uns eher ähnlich, welche sind eher anders oder ganz anders? (Kartenspiel- und Bildblattvorlage)“

Antwort: „Diese Völker sind den Deutschen „sehr ähnlich“ oder „eher ähnlich““



Basis: Bevölkerung ab 16 Jahre. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012, August 2013

## Zum Verfahren der quantitativen Inhaltsanalyse

**G**anz allgemein gesprochen besteht quantitative Inhaltsanalyse aus dem systematischen Zählen von Texteigenschaften mit dem Ziel einer statistischen Analyse. Eine etwas speziellere Definition hat der Kommunikationswissenschaftler Werner Früh vorgelegt: „Die Inhaltsanalyse ist eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“.

Die einzelnen Elemente seiner Definition bedeuten:

- **systematisch** – im Unterschied zur intuitiven Alltagsbeobachtung
- **intersubjektiv nachvollziehbar** – so angelegt, dass jeder entsprechend qualifizierte Forscher die Analyse nachvollziehen kann
- **inhaltliche Merkmale** – z.B. Tendenz der Darstellung eines Politikers
- **formale Merkmale** – z.B. Umfang, Platzierung, Schriftgröße

**D**as Verschlüsseln des Materials übernehmen Codierer, die im Umgang mit dem Codebuch (das die Anweisungen für die Zählung der Texteigenschaften enthält) und dem Material intensiv geschult werden.

Vorteile der Methode:

- Die Inhaltsanalyse erlaubt Aussagen über Kommunikatoren und Rezipienten, die nicht bzw. nicht mehr erreichbar sind (z.B. Analyse von Zeitungen aus der Weimarer Republik).
- Der Forscher ist nicht auf die Kooperation von Versuchspersonen oder Befragten angewiesen.
- Es tritt keine Veränderung des Untersuchungsgegenstandes durch die Untersuchung auf (non-reaktives Verfahren).
- Der Faktor Zeit spielt für die Untersuchung nur eine geringe Rolle (Zeitungen und Videokassetten kann man auch nach einer Bundestagswahl untersuchen; Umfragen zur Wahlabsicht kann man dann nicht mehr machen).
- Die Untersuchung ist beliebig reproduzierbar und kann mit verbesserten Instrumenten am selben Material wiederholt werden.

## Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse

### 1. Informationen zur untersuchten Berichterstattung

Die Inhaltsanalyse hatte die Berichterstattung von FAZ, SZ, WELT und „Der Spiegel“ zu Jahresbeginn 2013 zum Gegenstand. Untersucht wurden die Ressorts „Politik/Allgemein“, „Wirtschaft“ und „Feuilleton“. Die Stichprobe war eine sogenannte „Rollende Woche“, beginnend mit dem 07. Januar. Bis zum 08. April wurden 2.179 Artikel untersucht. Die Feldarbeit übernahm, wie schon 2012, Prime Research International ([www.prime-research.de](http://www.prime-research.de)) in Mainz.

Tabelle 1 gibt Auskunft über die Verteilung der Artikel auf die untersuchten Medien und Ressorts.

**Tabelle 1: Untersuchte Medien und Ressorts (n=2.179)**

Medium	Beiträge insgesamt	Politikteil/ Allgemein	Wirtschaft	Feuilleton
FAZ	720	251	445	24
Süddeutsche Zeitung	542	284	223	35
WELT	469	218	235	16
Spiegel	448	299	124	25
Summe	2.179	1.052	1.027	100

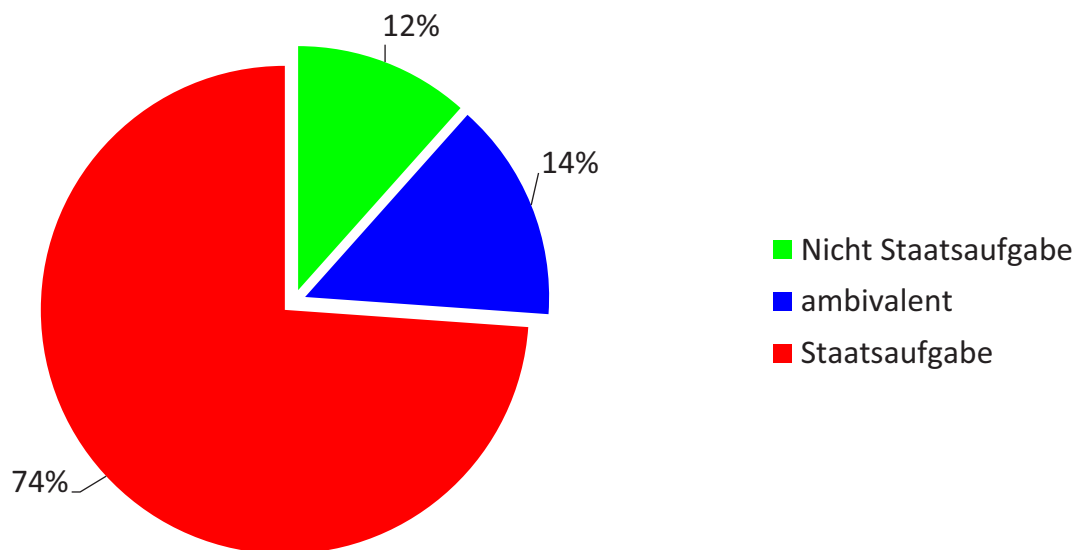
Die Analyse erfasste alle Beiträge, die sich entweder erkennbar mit Freiheit auseinandersetzen oder allgemeine gesellschaftliche Themen betrafen.

### 2. Staatsaufgaben

In 501 Beiträgen wurden 605 Mal Staatsaufgaben aus der 23 Items umfassenden Liste angesprochen. Die prozentuale Verteilung der Ausprägungen „ist Staatsaufgabe“, „ambivalent“ und „ist nicht Staatsaufgabe“ entspricht weitgehend der von 2011 und 2012 (Schaubilder 1 und 1a). 27 Fälle, in denen die Diskussion einer Gesellschaftsaufgabe als Staatsaufgabe nicht eindeutig war („nicht erkennbar“), bleiben für die Berechnung der Prozentwerte unberücksichtigt.



**Schaubild 1: Gesellschaftsaufgaben als Staatsaufgaben. Basis=578 Nennungen (ohne 27 nicht erkennbare Fälle)**



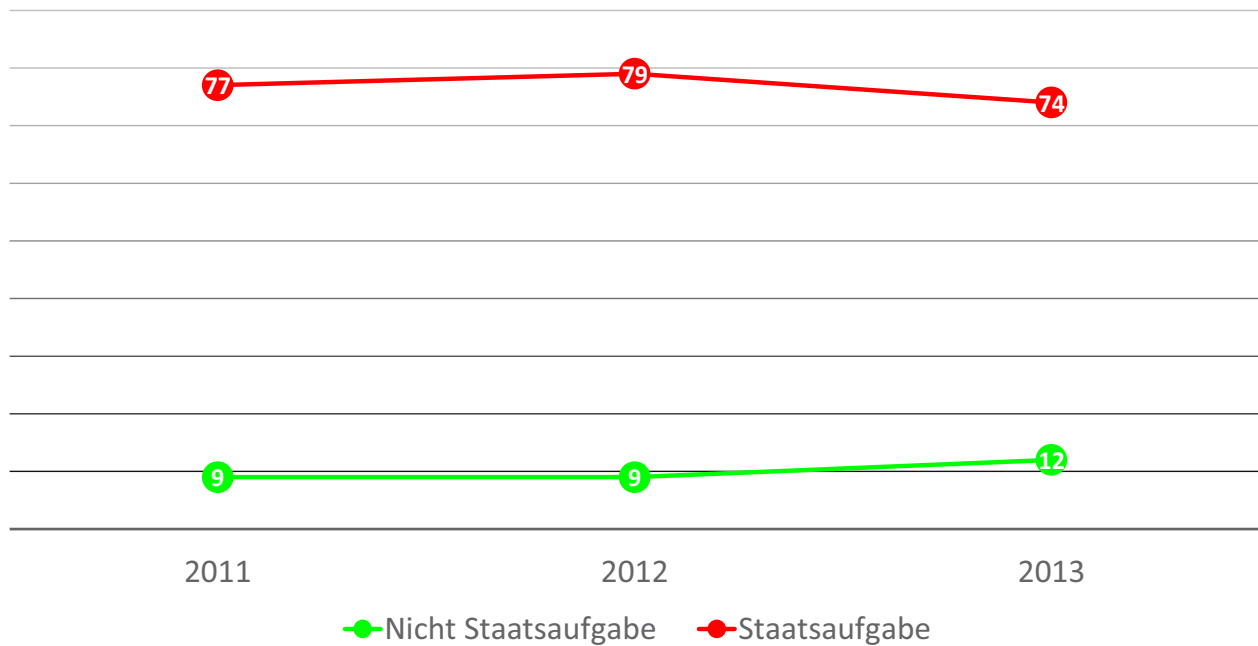
## Die Top 3 der Gesellschaftsaufgaben im Jahr 2013 sind:

1. **„Dass es mit der Wirtschaft vorangeht“** (n=129, davon 92 Mal als Staatsaufgabe genannt)
2. **„Dass es gerechte, der Leistung angemessene Löhne gibt“** (n=70, davon 37 Mal als Staatsaufgabe genannt)
3. **„Schutz vor Verbrechen, Polizei“** (n=62, davon 45 Mal als Staatsaufgabe genannt).

Am wenigsten beschäftigt sich die Presse im Untersuchungszeitraum mit den Gesellschaftsaufgaben „Brandschutz, Feuerwehr“ (n=3) sowie mit „Ausgewogene Fernsehberichterstattung“ (n=4).

Um die Entwicklung seit 2011 zu illustrieren, wird im nachfolgenden Schaubild 1a der zeitliche Verlauf jeweils für den Freiheitsaspekt (grün) und seinen Antagonisten (in diesem Fall „Staatsaufgabe“) gezeichnet.

Schaubild 1a: Zeitlicher Verlauf der Darstellung von Staatsaufgaben 2011 bis 2013



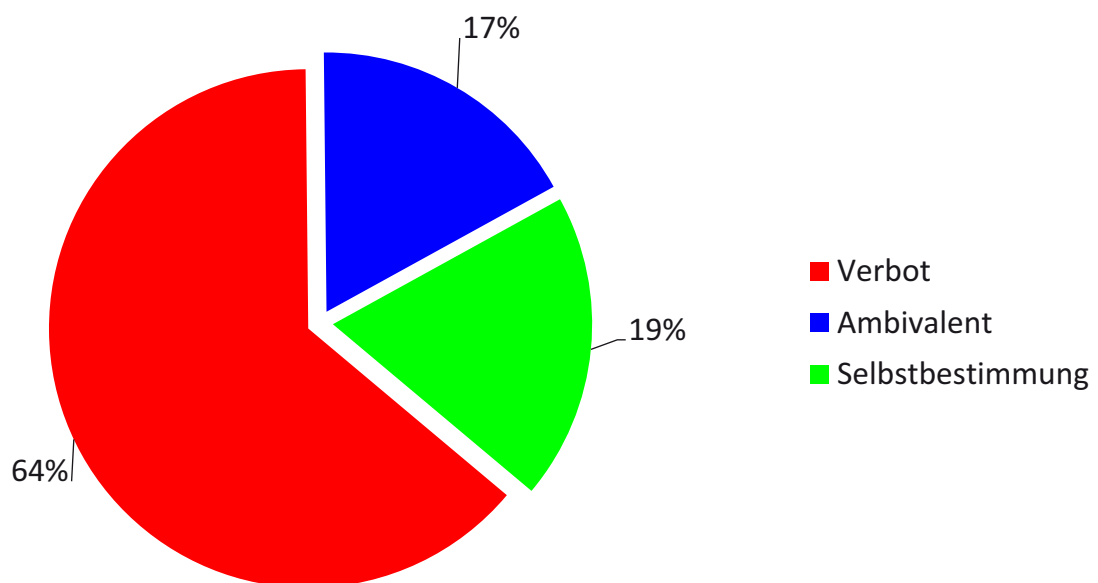
Bei diesem und den meisten anderen Vergleichen im Zeitverlauf fällt die geringe Variation mit der Zeit auf. Die Abstände 77 – 79 – 74 Prozent („Staatsaufgabe“) und 9 – 9 – 12 Prozent („Nicht Staatsaufgabe“) liegen bei sozialwissenschaftlichen Messungen in einem nicht inhaltlich interpretierbaren Bereich. Interpretierbar ist jedoch die über die Jahre konstant beachtliche Differenz zwischen der Darstellung von Gesellschaftsaufgaben als „Staatsaufgabe“ oder als „Verantwortung nichtstaatlicher Teile der Gesellschaft“. Der Abstand liegt konstant bei 60 bis 70 Prozentpunkten. Bei der Dominanz der „Staatsaufgaben“ gegenüber „nichtstaatlichen Gesellschaftsaufgaben“ handelt es sich folglich um einen stabilen Befund, der nicht mit dem Zufall oder außergewöhnlichen Ereignissen während des Erhebungszeitraums zu erklären ist.

## 3. Frame: Verbot vs. Selbstbestimmung

### 3.1 Verteilung der Verbots- und der Selbstbestimmungs-Perspektive

Wie 2011 und 2012 dominiert auch in diesem Jahr die Perspektive des Verbots gegenüber derjenigen der Selbstbestimmung. Die Prozentanteile sind praktisch identisch (2011: 68 Prozent Verbot, 2012: 65 Prozent, 2013: 64 Prozent). Wie schon 2011 und 2012 gibt es keine statistisch signifikanten Unterschiede bei der Darstellung von Verbot und Selbstbestimmung zwischen den untersuchten Medien (einfaktorielle ANOVA,  $p=.308$ ).

Schaubild 2: Verbot vs. Selbstbestimmung (n=204)



Der Verbot, also die Darstellung eines Beitragsgegenstands unter der Perspektive des Verbots bzw. der Freiheit und Selbstbestimmung kam insgesamt 204 mal vor, also in 9 Prozent der 2.179 analysierten Beiträge.

### 3.2 Verbot nach Thema

Bei welchen Themen kommt der Verbot hauptsächlich vor? Und gibt es Unterschiede in der Darstellung von Verbot und Selbstbestimmung je nach Thema des Beitrags? Tabelle 2 zeigt die vier Top-Themen mit Bezug zu Verbot versus Selbstbestimmung.

**Tabelle 2: Vorkommen und Ausprägung des Verbotsframes bei den vier am häufigsten im Zusammenhang mit Verbot versus Selbstbestimmung verschlüsselten Themen (n-Werte)**

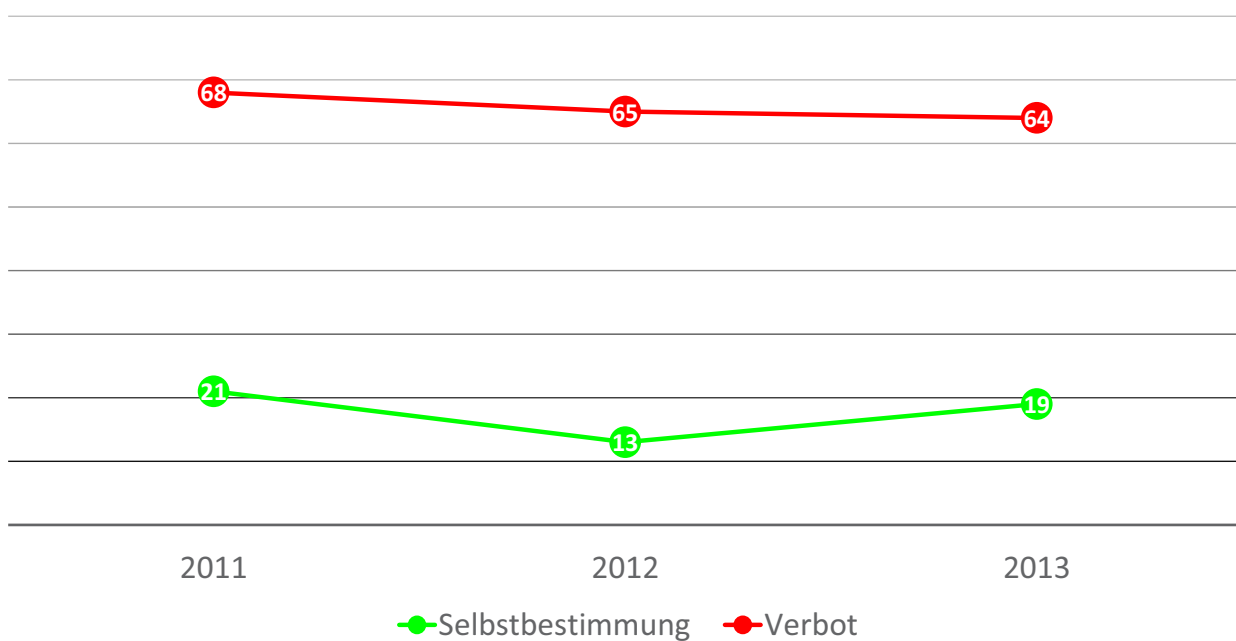
	<b>Verbot</b> dominiert	Ambivalent	<b>Selbstbestimmung</b> dominiert	Summe
Sozialer Zustand des Gemeinwesens	<b>17</b>	7	<b>9</b>	33
Wirtschaft	<b>14</b>	6	<b>5</b>	25
Innere Sicherheit/ Kriminalität	<b>23</b>	0	<b>1</b>	24
Parteien	<b>14</b>	5	<b>3</b>	22

Das häufige Erscheinen des Verbotsframes im Zusammenhang mit den Themen „Zustand des Gemeinwesens“ und „Wirtschaft“ gehen auf die Debatte über die Begrenzung von Managergehältern zurück, die im Untersuchungszeitraum intensiv geführt wurde. Dass beim Thema „Innere Sicherheit und Kriminalität“ Verbote dominieren, ist naheliegend und wäre auch bei einer sonst deutlich weniger verbotsorientierten Berichterstattung plausibel. Von den 14 Verbotsperspektiven im Parteienbereich gehen vier auf Berichte über die NPD zurück.

### 3.3 Verbotsframe nach Ressort

Die Analyse des Verbotsframes nach Ressort („Politik/Allgemeines“, „Wirtschaft“ und „Feuilleton“) ergibt zunächst Überraschendes: Das Feuilleton ist das einzige Ressort, in dem die Perspektive der Selbstbestimmung deutlich dominiert. Allerdings kommt der Verbotsframe nur in acht der 100 untersuchten Feuilleton-Artikel vor. Der Befund könnte also reiner Zufall sein. Wesentlich mehr Fälle sind im allgemeinen Politikteil (137) und im Wirtschaftsteil (59) zu finden. Lässt man das Feuilleton außen vor, können die beiden verbliebenen Ressorts hinsichtlich ihres Umgangs mit Verbot und Selbstbestimmung verglichen werden: Ein T-Test zeigt, dass die beiden Ressorts sich hier nicht überzufällig unterscheiden ( $p = .474$ ), Verbote dominieren in beiden Bereichen gleichermaßen.

Schaubild 2a: Zeitlicher Verlauf der Darstellung von Verbot und Selbstbestimmung 2011 bis 2013 (Prozentanteile)

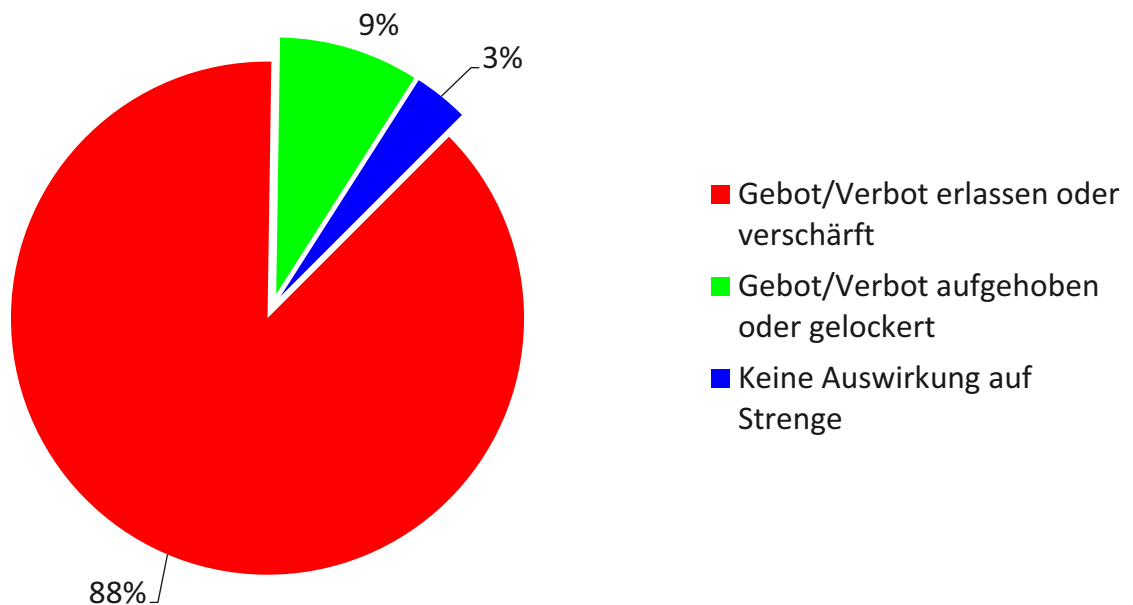


Auch hier sind weniger die geringen Unterschiede in den Prozentanteilen zwischen 2011 und 2013 aussagekräftig, sondern der stabile Vorsprung, den die Verbotsperspektive über die Jahre hinweg in der Berichterstattung gegenüber der Perspektive der Selbstbestimmung einnimmt.

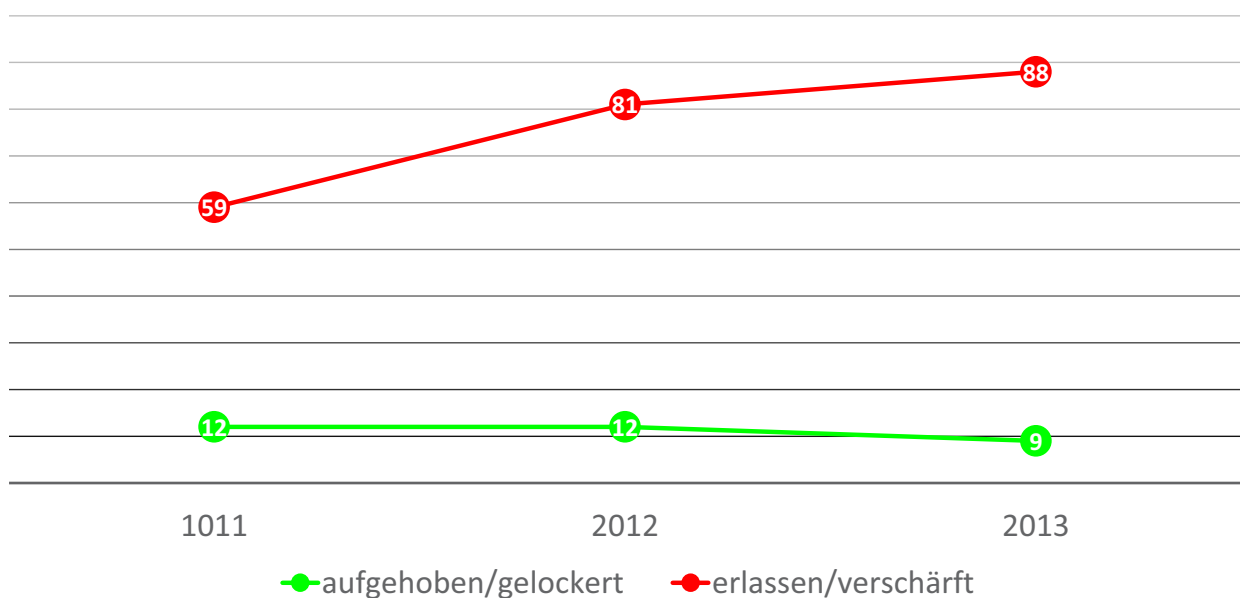
## 4. Berichte über Gesetze

Die Analyse ergab 291 Berichte über Gesetze, die analysiert wurden. Schaubild 3 zeigt das Verhältnis von erlassenen und verschärften Vorschriften zu aufgehobenen und gelockerten.

**Schaubild 3: Erlassene oder verschärfte und aufgehobene oder gelockerte Vorschriften (n=261, ohne 30 Fälle, die nicht einschlägig oder nicht analysierbar waren)**



**Schaubild 3a: Berichte über erlassene oder verschärfte vs. aufgehobene oder gelockerte Gesetze und Verordnungen (Prozentanteile)**

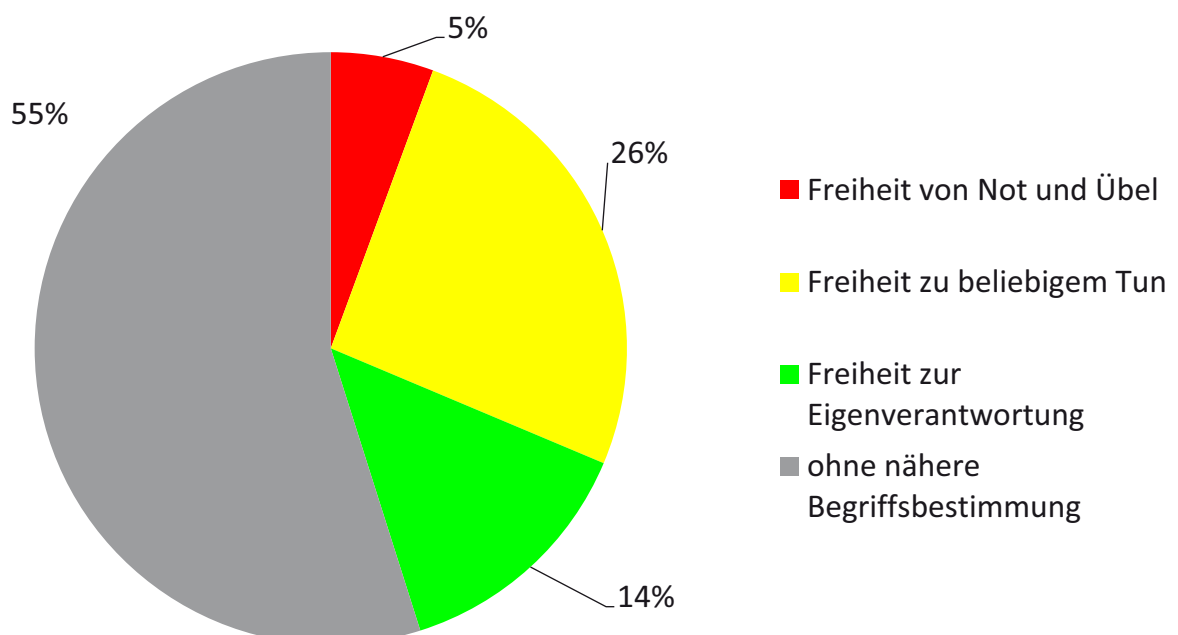


Ob es sich bei der stetigen Zunahme bei der Berichterstattung über das Erlassen oder Verschärfen von Gesetzen um einen tatsächlichen Trend handelt, wird sich erst in einigen Jahren zeigen. Im Jahr 2013 fiel beispielsweise die Debatte über Gesetze gegen hohe Gehälter für Manager in den Untersuchungszeitraum, was den ungewöhnlich hohen Anteil von 88 Prozent erklären könnte. Ein stabiler Befund hingegen scheint die geringe Präsenz von gelockerten oder aufgehobenen Gesetzen in der Leitpresse zu sein. Ob diese Zahlen Desinteresse seitens der Journalisten oder einen tatsächlichen Zustand auf Seiten des Gesetzgebers widerspiegeln, müssen zukünftige Vergleiche mit Daten über die deutsche Gesetzgebung zeigen.

## 5. „Freiheit“

Die Begriffe „frei“ und „Freiheit“ (wörtlich oder direkte Synonyme wie „liberal“) kamen in 368 der 2.086 untersuchten Artikel vor. Das entspricht 17 Prozent und liegt damit im selben Bereich wie bei der Analyse von 2011 (12 Prozent) und 2012 (15 Prozent). Insgesamt zählten die Codierer 552 Erwähnungen von Freiheit. Wie schon im Jahr 2012 wurde auch 2013 genauer erfasst, in welcher Bedeutung „Freiheit“ in der Presse vorkommt. Schaubild 4 verdeutlicht die Begrifflichkeit jener 552 Erwähnungen von Freiheit. Urheber der Begriffsverwendung war meistens der Beitragsautor, also ein Journalist (n=389), gefolgt von Politikern, die das Wort „Freiheit“ gebrauchten (n=91).

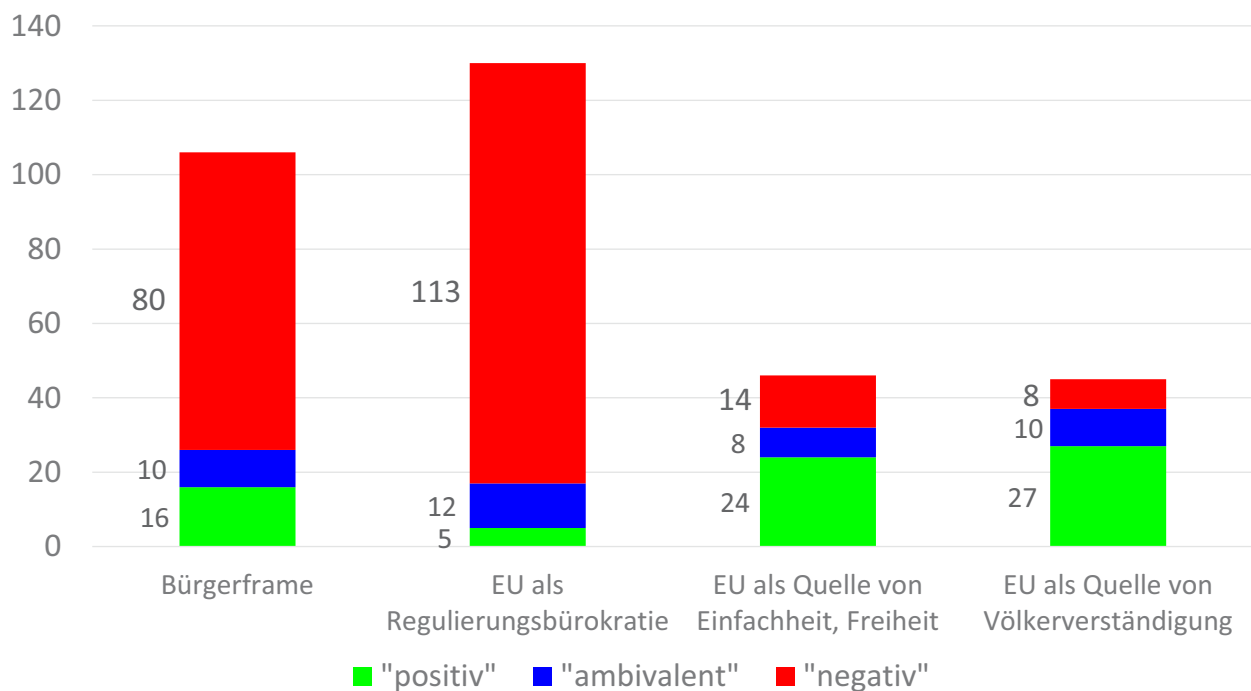
**Schaubild 4: Bedeutungen des Begriffs der Freiheit in der Presse (n=552)**



## 6. Europa

Im Rahmen der Inhaltsanalyse für den „Freiheitsindex 2013“ wurde auch die Darstellung der EU und Europäischer Einrichtungen in den deutschen Leitmedien untersucht. Die Codierer erhoben anhand von vier Kategorien, inwieweit die EU als Regulierungsbehörde dargestellt wird, ob die untersuchten Medien über sie als Triebfeder der individuellen Freiheit berichten und ob der EU eine Rolle bei der Völkerverständigung zugeschrieben wird. Eine Frameanalyse erhob außerdem, ob in den untersuchten Beiträgen die Perspektive der EU und ihrer Institutionen oder die Perspektive der Menschen in Europa überwiegt. Mindestens ein EU-Aspekt kam in 180 der 2.179 untersuchten Beiträge vor, das entspricht acht Prozent der analysierten Berichterstattung.

Schaubild 5: Darstellung der EU in den deutschen Leitmedien





## 6.1 Bürgerframe und Regulierungsbürokratie

Wie erwartet stellen die Leitmedien die Europäische Union hauptsächlich aus deren Perspektive dar, nicht aus der Sicht der Bürger: In 106 Beiträgen war erkennbar, ob die Beiträge der untersuchten Medien die EU aus der Perspektive ihrer Institutionen oder aus der Perspektive der Bürger schilderten: In 80 dieser Beiträge (75 Prozent) dominiert die EU-Perspektive, in 16 Beiträgen die der Bürger (15 Prozent). 10 Beiträge (9 Prozent) sind aus beiden Perspektiven geschrieben.

Ein ähnlicher Befund zeigt sich bei der Berichterstattung über die EU als Regulierungsbürokratie: Von 130 Beiträgen, in denen die EU erkennbar charakterisiert wurde, stellten sie 113 (87 Prozent) als Regulierungsbürokratie dar, nur fünf explizit nicht als Regulierungsbürokratie. In 12 Beiträgen ist das Ergebnis ausgewogen.

## 6.2 Freiheit und Völkerverständigung

Bei den Kategorien, mit denen erhoben wurde, inwieweit die deutschen Leitmedien die EU als Triebfeder von Vereinfachung und individueller Freiheit ihrer Bürger bzw. als Quelle der Völkerverständigung darstellten, sind die Fallzahlen zu klein für Prozentangaben. Gleichwohl ist das Ergebnis bemerkenswert: Die EU wird überwiegend als Triebfeder von Vereinfachungen im Leben der Bürger (und damit deren Freiheit) dargestellt (24 von 46 Fällen). Acht Beiträge sind in dieser Frage ausgewogen, 14 stellen die EU als Einschränkung der Freiheit der Bürger dar.

Ähnliches zeigt sich bei der Frage, ob die EU in der Presse als Quelle von Konflikten zwischen Nationen und Völkern oder als Quelle der Völkerverständigung gezeichnet wird. Diese Frage hat vor dem Hintergrund diverser Krisen in Mitgliedsstaaten der EU und der Reaktionen anderer Staaten darauf in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Gerade vor diesem Hintergrund ist es eine Überraschung, dass die EU in 27 von 45 einschlägigen Beiträgen als Quelle der Völkerverständigung erscheint, in zehn weiteren ist die Darstellung ausgewogen. Lediglich acht Beiträge stellen die EU als Quelle von internationalen Konflikten dar.

Der Stellenwert der Freiheit entspricht in den Beiträgen mit Europabezug in etwa dem der übrigen Berichterstattung. So dominiert die Verbotsperspektive (Verbotsframe) in diesen Beiträgen ebenso stark wie bei Betrachtung aller Beiträge, in denen das Verhältnis von Verbot und Selbstbestimmung vorkam.



© John Stuart Mill Institut, Heidelberg 2013

#### Postanschrift

John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung e.V.  
an der SRH Hochschule Heidelberg  
Ludwig-Guttman-Straße 6  
69123 Heidelberg

#### Kontakt

Telefon: (06221)88-10 05  
Telefax: (06221)88-11 43  
E-Mail: [john-stuart.mill@hochschule-heidelberg.de](mailto:john-stuart.mill@hochschule-heidelberg.de)  
Internet: [www.mill-institut-freiheitsforschung.de](http://www.mill-institut-freiheitsforschung.de)

#### Bankverbindung

Santander Bank, Heidelberg, Rohrbacher Str. 3  
Konto: 1 821 711 900  
BLZ: 50033300